

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Landwirtschaft für die Gesellschaft...



...statt hinter
verschlossenen Türen

Fotos: Landpixel/Mühlhausen

Agrarreform

Besuche bei EU-Abgeordneten, Trecker vor dem Bundesministerium - das Engagement für eine bäuerliche Agrarreform ist groß, nun ist es an den Parlamentariern die entsprechenden Weichen zu stellen, Schwerpunkt auf den Seiten 11-13 und der Kommentar auf Seite 2.

Märkte

Tierschutzsternchen, Eierreien, verSchimmelte Lasagne – mit Lebensmitteln gibt es viel Geld zu verdienen, dass lässt nicht immer alles so zugehen, wie es die Gesellschaft gerne hätte, Hintergründe und Berichte auf den Seiten 10, 14 und 18.

Milch

Was muss geschehen, damit eine bäuerliche Milchviehhaltung eine Zukunft hat? Von Mengensteuerung und Molkereiquoten für die Zeit nach 2015 auf der Seite 7 und AbL-Vorschläge im Interview mit dem AbL-Bundvorsitzenden Bernd Voß auf Seite 12.

Die Seite 3

Neue Wege auf dem Acker 3

Agrarpolitik

Polen: Landreform in Sicht? 4

„Wir bleiben auf der Hut“ 4

Boden hoch gehandelt 5

„Gewinn für die bäuerliche Landwirtschaft“ 6

Milch

Wir müssen uns rühren. 7

Bewegung

..... 8

Strafbar Traktor fahren 17

Märkte

Lasagne verSchimmelt 10

Der gute Weg im Schlechten. 18

Schwerpunkt

Bauern helfen, statt Agrarindustrie mästen 11

Was tun, wenn die Milch überläuft? 12

Reformansatz bestätigt - Parlament und Minister gefordert. 13

Ökolandbau

„Nicht die Fehler der Konventionellen machen“ 14

Nachbau

Gut, dass du da warst 15

Patentschutz vor Gericht. 15

Alternative Energie

„Die Energiewende ist abgeschafft“ 16

Weitere Themen

Zu Besuch bei Christian Bayer und Alfons Wiesler-Trapp, Seite 9; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Am 12. und 13. März legt das Europäische Parlament seine Haltung zur Zukunft der Agrarpolitik fest. 754 von den Völkern der 27 Mitgliedstaaten gewählte Abgeordnete, allein 99 Frauen und Männer aus Deutschland, müssen dann jede und jeder für sich entscheiden, in welche Richtung sie diese Agrarpolitik steuern wollen. Erstmals in der Geschichte der EU haben sie jetzt das Recht, über die Gemeinsame Agrarpolitik voll mitzuentcheiden. Bei den letzten EU-Agrarreformen konnten sie nur eine Stellungnahme beschließen, die aber für das Duo aus Agrarministerrat und EU-Kommission in keiner Weise bindend war. Das ist Geschichte, vorbei! Europa hat mit dem Lissabon-Vertrag mehr Demokratie für die Agrarpolitik eingeführt: Die volle Mitentscheidung für den Politik-, Wirtschafts- und Lebensbereich Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, der wie kein zweiter vergemeinschaftet ist, also europäisch gestaltet und verantwortet wird, und der wie nur wenige andere Politikfelder in so viele Lebensbereiche unserer so hoch entwickelten Gesellschaften hineinragt – bis hin zum Essen.



Kommentar

Parlament mit Verantwortung

Dieses Recht zur Mitentscheidung kam nicht von alleine, es musste den Regierungen der großen Agrarnationen mühsam abgerungen werden, die sich ihrer Agrarindustrie und den damit paktierenden Bauernverbänden verbunden fühlten. Hier

haben sich Parlamentarier aller Parteien wirklich verdient gemacht – einige von ihnen sind noch im Parlament, andere nicht mehr. Das erkämpfte Recht zur Mitentscheidung lebt aber nur, wenn die Parlamentarier es als Verpflichtung anerkennen, in Verantwortung für die gesamte Gesellschaft zu entscheiden.

Der Agrarausschuss des EU-Parlaments hat das noch nicht begriffen. In seiner Beschlussvorlage für die nun anstehende Abstimmung im Plenum hat die Mehrheit dieses Ausschusses fast alle fortschrittlichen, auf die Gesellschaft zugehenden Vorschläge der EU-Kommission diskreditiert: abgeschwächt, verwässert und in ein Sammelsurium von Ausnahmen und Sonderregeln verwandelt, die sich mal gegenseitig und auch mal dem EU-Recht widersprechen. Die dafür verantwortlichen „Parlamentarier“ wussten, wie man das anfängt. Einige waren früher in ihren Heimatländern Agrarminister, andere – wie der bayerische CSU'ler Albert Deß – setzten in ihren unzähligen Änderungsanträgen gezielt auf Chaos: „Deßorientierung“. So sollte dem politischen Projekt des noch jungen Agrar-Kommissars Dacian Ciolos einer „grüneren und gerechteren“ Agrarpolitik die Luft ausgehen. Dieser Agrar-Kommissar, der es wagt, auf Forderungen von zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie der deutschen Plattform, der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und dem europäischen Netzwerk ARC („Good food – good farming“) einzugehen.

Diese Strippenzieher im Agrarausschuss wollten längst hinter verschlossenen Türen mit dem Rat der nationalen Agrarminister sitzen und die Sache unter sich ausmachen. Sie wollten ohne vorherige Abstimmung im Parlaments-Plenum verhandeln. Das hat nicht geklappt – das Parlament hat seine Hoheit im Verfahren gewahrt. Jetzt können die Fraktionen bis zum 6. März Änderungsanträge zur Vorlage des Ausschusses einreichen, über die dann am 12./13. März abgestimmt wird.

Für diese Abstimmung sollte die politische Einigung im Rat der Staats- und Regierungschefs vom 8. Februar zum EU-Haushalt 2014 bis 2020 Ermutigung und Ansporn sein. Der Agrartopf der Direktzahlungen ist kaum gekürzt worden (anders als das Budget für Ländliche Entwicklung). Das schreit nun geradezu nach einer echten, wirksamen Bindung an ökologische und soziale Standards. Der Rat hat den verbindlichen Greening-Ansatz der Kommission bestätigt – das muss das Parlament nun mit Leben füllen. Bedauerlich ist, dass Berlin sich dagegen bei der Kappung der Gelder je Betrieb durchgesetzt hat und dieses nun ins Belieben der Mitgliedstaaten gelegt ist. Hier muss das Parlament jetzt umso mehr dafür sorgen, dass auf anderem Wege Wettbewerbs-Gerechtigkeit einkehrt, z.B. durch eine Umverteilung zugunsten der ersten Hektar je Betrieb.

Politik bleibt ein Austarieren von Interessen. Europas Agrarpolitik würde schon sehr viel gewinnen, wenn unsere 754 Abgeordneten im Bewusstsein entscheiden, dass Agrarpolitik nicht für die Agrarindustrie da ist, sondern die Interessen der gesamten Gesellschaft zur Geltung bringen muss. Viel Erfolg, uns allen!

Ulrich Jasper, stellvertretender AbL-Geschäftsführer

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Neue Wege auf dem Acker

Pflanzenzüchtung in der Commons-Gesellschaft

Nachbaugebühren und Auskunfts-pflicht bestimmen seit vielen Jahren die Debatten von Landwirten, wenn es um Pflanzenzüchtung und Nutzung von Saatgut geht. Der zurecht zunehmend reglementierte Einsatz von Pestiziden sowie die steigende Klimaproblematik lassen die Frage aufkommen, welche Sorten in der Zukunft genügend Erträge bringen, um die Betriebe wirtschaftlich zukunftsfähig zu erhalten und gleichzeitig dazu führen, dass genügend Nahrungsmittel produziert werden. Darüber hinaus zeigt das Eiweißprojekt der AbL-NRW, wie wichtig es ist, die Forschungs- und Züchtungsprioritäten der großen Pflanzenzüchter zu hinterfragen und lange vernachlässigte Sorten wieder in die Forschung und den Anbau aufzunehmen. Die zentrale Frage lautet also, wie genügend gute landwirtschaftliche Kultursorten erforscht, gezüchtet und auf den Markt gebracht werden können, um die Versorgung der Menschen mit qualitativ guten Nahrungsmitteln zu befriedigen, die Umweltauswirkungen des Anbaus möglichst gering zu halten und die bäuerlichen Rechte – Nachbau, Tausch, Weiterzüchtung – zu erhalten.

Grundbedürfnisbefriedigung

Aus meiner Sicht ist nachgewiesen, dass geistige Eigentumsrechte – Patente und

Sortenschutzrecht - nicht zur Erweiterung des gesellschaftlichen, des volkswirtschaftlichen Reichtums beitragen. Sie mögen betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, aber das kann nicht das entscheidende sein, wenn es sich um ein Thema der Grundbedürfnisbefriedigung handelt. Wir brauchen eine Vielfalt an pflanzengenetischen Ressourcen, an Saatgut, um den Risiken der Zukunft trotzen zu können. Und wir brauchen eine diversifizierte Züchtungslandschaft, die sich nicht nur auf global anzubauende Sorten kapriziert, sondern auch die lokalen und regionalen Schwerpunkte in den Blick nimmt. Es ist wichtig, dass Sorten nicht künstlich unfruchtbar gemacht werden – die natürliche Reproduktionsfähigkeit ist ein entscheidendes Merkmal des Lebens und sollte nicht kommerziellen Interessen untergeordnet werden (Hybridzüchtung, Terminorttechnologie). Darüber hinaus ist nicht nur aus ethischen, sondern auch aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen auf Patente ganz zu verzichten und der Sortenschutz zumindest wieder auf den Stand von 1978 zurückzufahren – zu einem Standard der sowohl den Züchtern als auch den Bäuerinnen und Bauern noch einige Freiheiten ermöglichte. Züchtung muss neu organisiert werden, sowohl on-farm als auch in den

spezialisierten Pflanzenzüchtungsunternehmen und in Kooperation beider.

Wie finanzieren?

Gleichzeitig müssen sich die Bauern und Bäuerinnen aber auch fragen, wie Pflanzenzüchtung, wie die Züchter finanziert werden sollen, wenn diese nicht auf exklusive Eigentumsrechte zurückgreifen können. So ist es derzeit vor allem in der Ökozüchtung ein großes Problem, genügend finanzielle Mittel für die Arbeit und das Leben der in der Züchtung Arbeitenden zu erwirtschaften – Sortenschutz und Nachbau-einschränkungen sind wichtige Mittel, um trotz der kleinen Märkte (genügend) Einkommen zu generieren. Die Bauern und ihre Verbände müssen sich somit m.E. überlegen, wie die Züchter, die ihnen ja Arbeit abnehmen und die ihnen ein gutes Produktionsmittel zur Verfügung stellen, entschädigt und wie ihre Arbeit finanziert werden kann. Dies kann über freiwillige Beiträge wie Züchtungscent oder Sortenentwicklungsbeiträge geschehen, oder auch eine über die Verbände abgewickelte Umlage je Hektar Anbaufläche. Auch Steuermittel sind denkbar. Aufgrund ihrer Bedeutung für die Menschheit sollte Saatgut, sollten pflanzen- und auch tiergenetische Ressourcen als Gemeingut, als Commons gelten. Dies meint nicht, dass jeder dieses Gemeingut einfach nutzen kann, dass es keine Regeln gibt, etc. Sondern es bedeutet, dass sich die verschiedenen Interessensgruppen auf einvernehmliche Regeln der Nutzung einigen, diese auch überwacht und ggf. sanktioniert werden.

Gemeingutcharakter

Für pflanzengenetische Ressourcen ließe sich dies im Rahmen des Internationalen Saatgutvertrages von 2001 weiterdenken. Mittlerweile von über 120 Staaten ratifiziert, erklärt dieser Vertrag 35 Nahrung- und 29 Futtermittelpflanzen als gemeinsames Eigentum der Menschheit (mit Einschränkungen, aber das würde hier zu weit führen), legt Regeln des gemeinsamen Umgangs mit ihnen fest und verlangt eine Entschädigung (benefit sharing) für die jahrtausendelange Züchtungsarbeit der Landwirte, sollten in der Züchtung Sorten zum Einsatz kommen, die ursprünglich einmal von jenen erarbeitet wurden. Es ist ein sogenanntes multilaterales System entwickelt worden, welches die Nutzung der Ressourcen erlaubt, die Patentierung des Ursprungsmaterials aber verbietet. Hier ist der Vertrag leider nicht konsequent

genug, da Neuzüchtungen patentiert werden dürfen. Und insgesamt kommt die Umsetzung schleppend voran. Aber, und das ist das Entscheidende: Es handelt sich um einen Ansatz, der der Monopolisierung entgegensteht. Je mehr Material über den Vertrag ausgetauscht wird, desto mehr wird der globale Gemeingutcharakter erkennbar.



Open Source

Foto: Dehn/pixelio

Open Source

Ergänzt werden könnte dieser Ansatz durch das aus dem Softwarebereich bekannte Open Source Konzept. Neues Saatgut ließe sich mit Lizenzen versehen, die jedem eine Nutzung und Weiterzüchtung ohne Einschränkung erlauben, so lange die Ergebnisse unter den gleichen Bedingungen weitergegeben werden. Eine solche General Public Licence on Plant Genetic Resources oder eine Creative Commons Lizenz hätten einen viralen Effekt zur Folge: alle Folgeprodukte wären ebenfalls zugänglich zu machen. Eine Neugestaltung der Züchtungsfinanzierung und -organisation ist dafür aber eine Bedingung. Auf der Saatgut-Tagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft Ende Januar in Kassel, wurden sowohl zur Ausgestaltung solcher Lizenzen als auch zur Finanzierung der Züchter sehr intensive und gute Diskussionen geführt. Nun ist es notwendig, sich innerhalb der Landwirtschaft darüber zu verständigen, wie Züchtung und Züchtungsfinanzierung aus Sicht der Landwirte in Zukunft gestalten werden sollte.

Gregor Kaiser, Sozialwissenschaftler, Biologe, bewirtschaftet einen Wald- & Forstbetrieb und beschäftigt sich u. a. mit den geistigen Eigentumsrechten. Weitere Infos: www.vielfalt-wald.de



Pflanzenzüchtung für alle!

Foto Menzler/BLE

Polen: Landreform in Sicht?

Bauernproteste führen zumindest zur Vereinbarung

Der Norden in Polen ist vergleichbar mit dem Osten in Deutschland. Jedenfalls wenn es um die Bodenpolitik geht. Früher wie heute. Erst mal früher. In beiden Ländern begann die Geschichte mit der ehemaligen Sowjetunion. Sowohl in Nordpolen als auch in Ostdeutschland wurden Bauernhöfe in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zusammengefasst. In Ostdeutschland gab es binnen einiger Jahre kaum mehr Einzelbauern, während im Norden Polens neben den LPGs noch einzelne Höfe geblieben sind. Im Süden von Polen hat diese Kol-

lektivierung gar nicht stattgefunden. Heute geht es um die Rückgabe und Privatisierung der kollektivierten Flächen. In Ostdeutschland übernimmt das die Bundesverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG). Die BVVG-Flächenvergabepraxis führt seit jeher dazu, dass bäuerliche Betriebe kaum an Land kommen, während Riesenbetriebe immer weiter wachsen (Bauernstimme 12-2012). In Polen zeichnet sich ein nahezu identisches Szenario ab. Das berichtet jedenfalls die Bauerngewerkschaft Solidarnosc, die dem konservativen europäischen Dachverband Copacogeca angehört. Der Solidarnosc zufolge, habe die sogenannte polnische Agentur für landwirtschaftliche Immobilien mit dem Kürzel ANR bei der Landvergabepraxis Familienbetriebe weitestgehend außen vor gelassen. Zum Zuge kamen häufig ausländische Investoren, die über Strohleute Land kauften.

Zwischen

In den vergangenen Wochen haben sich die polnischen Bäuerinnen und Bauern „gegen den Ausverkauf des Bodens in fremde Hände gewehrt“, heißt es auf der Homepage der Bauerngewerkschaft Solidarnosc. Es fanden

Demonstrationen statt. Und deshalb kam es am 11. Januar zu einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft und Dorfentwicklung, dem ANR-Geschäftsführer und dem Protestkomitee der Bauern. Demnach darf der Vergabeprozess abgeblasen werden, etwa wenn nur der Verdacht besteht, dass ausländisches Kapital im Spiel ist. Die Familienbetriebe, so die unterschriebene Vereinbarung, sind im Vergabeprozess besonders zu berücksichtigen. Dabei spielen Hofgröße und Entfernung zu den Flächen eine Rolle. Es soll auch eine Klausel für Rückkaufrecht eingeführt werden, wenn beispielsweise das Land nicht landwirtschaftlich genutzt oder nicht vom Käufer bewirtschaftet wird. Des Weiteren hält diese Vereinbarung fest, dass auch das Grundstücksverkehrsgesetz in Polen überarbeitet werden soll. Bis vor kurzem standen noch Traktoren vor dem Verwaltungsgebäude der ANR in Stettin. Als Mahnmahl für die rasche und wirkungsvolle Umsetzung der Vereinbarung.

Berit Thomsen

Übersetzung: Janusz Hradetzky
(Bündnis Junge Landwirte)

Infos: www.stopp-landgrabbing.de



Bauernproteste gegen ungerechte Landvergabepraxis in Polen

Foto: ICPCP

„Wir bleiben auf der Hut“

Bäuerliche Kriterien bei der Landvergabe geplant

Glück und Ökolandbau ganz weit oben

Das Königreich Bhutan liegt im Himalaya und ist bisher vor allem dadurch bekannt, den nationalen Wohlstand mit Hilfe eines Glücks-Indexes zu beschreiben. Nun hat sich das kleine Land einen Zeitrahmen von zehn Jahren gesetzt, um seine komplette Landwirtschaft biologisch umzustellen. Der auch zur Zeit geringe Verkauf und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wird verboten werden. Bhutans Landwirtschaftsminister Pema Gyamtsho erklärte diese Entscheidung mit Umweltschutzgründen und der Stimmigkeit mit der im Land vorherrschenden buddhistischen Lebensweise. **cw**

Jan Bialkowski ist Bauer aus Now Węgorzynko in Nord Westpommern. Er hat demonstriert und ist Mitglied im Protestkomitee der Bauern.

Unabhängige Bauernstimme: Wie ist im Moment der Stand der Dinge?

Jan Bialkowski: Der Protest in Stettin ist wieder aufgehoben. Die Traktoren wurden heimgefahren. Wir werden sehen, wie die Vereinbarung tatsächlich umgesetzt wird. Deshalb wird das Protestkomitee weiter auf der Hut bleiben.

Wann gingen die Proteste denn los?

Im Juni letzten Jahres, und sie dauerten genau zwei Wochen. Dann gab es eine Einigung mit der Agentur Landwirtschaftlicher Immobilien (ANR). Als die Ankündigungen aber nicht realisiert wurden, nahmen wir die Proteste im Dezember wieder auf.

Welche Probleme haben die Bauern durch die Landvergabepolitik?

In einer Art Übergangszeit bis 2016 sollten eigentlich Familienbetriebe Vorrang haben, wenn die ANR Land zum Verkauf freigibt. In der Praxis funktioniert das überhaupt nicht. Bäuerliche Betriebe kommen an das Land so gut

wie gar nicht ran, sondern es sind vielmehr Großbetriebe oder Investoren, nicht selten aus dem Ausland, die das Land kaufen. Das liegt auch daran, dass nur das höchste Gebot gilt. Da können viele Bauern nicht mithalten. Ich weiß, dass es in Deutschland ähnliche Probleme gibt.

Wir haben deshalb in Ostdeutschland das Bündnis Junge Landwirte gegründet.

Unser Protest war praktisch ein Protest der jungen Bauern. Es freut mich zu hören, dass ihr auch aktiv seid. Ich kann nur sagen: „Ihr habt hier Verbündete“.

Haben denn Existenzgründer eine Chance, an Land zu kommen?

Nein. Bei den Versteigerungen werden Hofgründer gar nicht erst berücksichtigt. Wir wollen aber, dass nicht mehr nur der Preis ausschlaggebend ist, sondern weitreichende Kriterien gelten.

Was haben sie mit den Protesten erreicht?

Es gibt eine unterzeichnete Vereinbarung. Wir hoffen, die Weichen sind jetzt gestellt und Bauern sowie Existenzgründer kommen zum Zuge. In der Vereinbarung haben wir uns auf drei Punkte geei-

nigt. Zunächst einmal soll es beschränkte Ausschreibungen geben, bei denen junge Menschen und Konzepte für eine „Zukunftsvision eines Hofes“ Vorrang beim Kauf haben. Dann sollen Versteigerungen abgebrochen werden können, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass Investoren hinter den Geboten stehen. Auch sollen Versteigerungen rückgängig gemacht werden, wenn sich dieser Verdacht im Nachhinein bestätigt. Als letztes soll es eine Klausel geben, dass, wer Land erwirbt, es zehn Jahre selbst bewirtschaften muss, bevor es weiter verpachtet oder verkauft werden darf. Das zielt darauf ab, dass Investoren und Spekulanten nicht gleich die Ländereien von den Bauern abkaufen können.

Das sind doch beachtliche Erfolge.

Auf dem Papier schon. Aber wie wird es in der Praxis umgesetzt? Das wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Aber davon abgesehen, ist es schon ein Erfolg, dass wir auf das Problem aufmerksam gemacht haben. Bis vor einem halben Jahr war es hier kaum jemanden bewusst, was eigentlich vor sich geht. Das ist jetzt vorbei.

Vielen Dank für das Gespräch.

Janusz Hradetzky, Berit Thomsen



Gut besuchte Bodentagung.

Foto: Thomsen

Boden hoch gehandelt

Wirksame Bodenmarktpolitik durch Transparenz und Wettbewerb

Das Thema Boden verbindet: Als Grundlage aller landwirtschaftlichen Tätigkeit ist der Boden Produktionsmittel, begrenzte Ressource, Saatbett, fruchtbarer Wasser- sowie Nährstoffgeber und: Lebensraum für zahllose Lebensformen, die im Verborgenen tatkräftig auf- und abbauen, vernetzen und mobilisieren. Aber gleichzeitig trennt das Thema auch: Oberirdisch wird zunehmend um die Besitzverhältnisse gerungen. Pacht- und Kaufpreise steigen und sorgen für enormen Druck im Kessel der ländlichen Regionen. Auf der Suche nach wirksamen Regelungen gegen Preisexplosionen und Landkonzentration in der Hand weniger, stand die Bodenmarktpolitik im Mittelpunkt einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Schleswig-Holstein mit 150 TeilnehmerInnen.

Vielfältige Einflüsse

Die Vielschichtigkeit wurde deutlich durch die lange Liste an Einflußfaktoren, die im Rahmen von Vorträgen und einem Podiumsgespräch zusammengetragen wurden: Sowohl die Förderpolitik des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) als auch im Bereich Stallbau, wurden als verschärfende Kräfte im Wettbewerb um den Boden angeführt. Gerade die Fehlanreize durch das EEG sah der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Robert Habeck als nächstliegende Stellschraube an, die in einem Reformprozess angegangen werden müsse. Der Bundesvorsitzende der AbL, Bernd Voß, regte in diesem Zusammenhang an, die nachwachsenden Rohstoffe in die Regionalplanung mitaufzunehmen. Außerdem betonte er, wie wichtig es sei, im Zuge der EU Agrarreform Obergrenzen bei der Aus-

zahlung der Betriebsprämien einzuführen: „Wenn wie bisher unbegrenzt pro Hektar Fläche ausgezahlt wird, profitieren große rationalisierte Betriebe, deren hohe Fördereinnahmen einen Wettbewerbsvorteil auf dem Bodenmarkt darstellen“.

Bodenrecht schärfen

Direkten Einfluß bei Pacht und Kauf von Flächen haben die entsprechenden Gesetze. Daniela Kersten, Rechtsanwältin für Bodenrecht, hob die Bedeutung des Grundstücksverkehrsgesetzes (GrdstVG) hervor. Zur Zeit werde es eher als „stumpfes Schwert“ angesehen. Da die Überarbeitung jedoch Ländersache sei, „kann das Gesetz an die Verhältnisse vor Ort angepasst werden und durchaus für wirksame Transparenz sorgen und für die Begrenzung der Preissteigerung und Landkonzentration genutzt werden“. Zu diesem Zweck müsse die im GrdstVG vorgesehene Meldepflicht für Flächenverkäufe durchgesetzt werden, sogenannte unbestimmte Rechtsbegriffe wie „ungesunde Bodenverteilung“ brauchen eine zeitgemäße Definition, und schon enthaltene Obergrenzen für Preise könnten gesenkt werden. Notwendig für alle vorgeschlagenen Baustellen bleibt der Wille, auf politischer Ebene tätig zu werden. Zumindest die Anwesenden vor Ort waren sich einig: die Zeit dafür ist reif. Als weitergehende grundlegende Aufgabe hatte Bernhard Forstner vom Thünen Institut angeregt, ein politisches Leitbild für die Landwirtschaft zu diskutieren: „Der ländliche Raum braucht etwas anderes als rein ökonomisches Wettbewerbsdenken, wie es bisher in der landwirtschaftlichen Ausbildung gefördert wird“. *cs*

Kurzes am Rande

Freihandel zwischen EU und USA

Darin sind sich beide Seiten einig: kritische Punkte bei Gesprächen über eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (englisch TTIP) zwischen der EU und den USA sind vor allem Standards im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittel sowie der Datenschutz. Trotzdem versprechen sich der US-Präsident Barack Obama, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso enorme wirtschaftliche Vorteile von einem umfassenden Freihandelsabkommen und räumen den Verhandlungen, beginnend im Sommer 2013, die nächsten zwei Jahre ein. Sollte es zu einer Einigung kommen, würde es sich um die weltweit größte Freihandelszone handeln, die die Hälfte des Welthandels umfasst. Problematisch bei der nötigen Vereinheitlichung von Standards sind im Lebensmittelbereich u.a. Hygienevorschriften sowie der Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVOs): Der US-Markt ist dafür offen, in der EU sind Beschränkungen eingerichtet worden. Barroso versprach an europäischen Lebensmittelstandards festzuhalten. Möglicherweise könnten im Zuge der Verhandlungen heikle Bereiche, wie diese, ausgeklammert werden. *cw*

Grünlandgesetz in Schleswig-Holstein

Die Landesregierung des nördlichsten Bundeslandes hat die Erhaltung von Grünland zu ihrem Ziel erklärt. Thematisch betrifft dies knapp 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Schleswig-Holsteins. Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Schleswig-Holstein forderte dazu auf, die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nutzung für den Grünlanderhalt anzuerkennen. Wirkungsvolle Schutzmaßnahmen müssten Grünland in der Bewirtschaftung sichern. Dafür brauche es von der Politik einen Rahmen, um eine innovative und umweltverträgliche landwirtschaftliche Nutzung mit Einkommen und Wertschöpfung zu verbinden. *pm*

Tiermehl für Aquakulturen wieder erlaubt

Die EU Kommission sieht das Risiko einer BSE-Übertragung unter nicht-wiederkäuenden Tieren als geringfügig an solange Kannibalismus vermieden werde. Deshalb soll das Eiweiß-Verfütterungsverbot ab 1. Juni 2013 gelockert werden. Dieses war 2001 in Reaktion auf die Rinderkrankheit BSE erlassen worden. Ab Sommer darf nun wieder Tiermehl aus nicht-wiederkäuenden Tieren wie Schweinen und Hühnern an Fische und andere Tiere in Aquakultur verfüttert werden. Aus dem Hause des EU-Verbraucherkommissars Tonio Borg wurde dies als vorsichtiger Einstieg in die Verfütterung von Tiermehlen nach Ende der BSE Krise bezeichnet. Ein Sprecher betonte den Wert der Mehle als Eiweißfutter für fleischfressende Nutztiere als Alternative zu Sojaimporten. Frankreichs Umweltministerin kritisiert den Vorstoß und fordert eine Kennzeichnung „ohne Einsatz von Tiermehl“. *cw*

Tests auf Rinder Tuberkulose im Allgäu

Im Herbst 2012 war im Rahmen einer Fleischschau Tuberkulose (Tbc) bei Rindern aus dem Oberallgäu festgestellt worden. Die Aufregung ist groß, da die Krankheit zu den Zoonosen zählt und auf den Menschen übertragbar ist - für die Tiere gilt ein Impf- und Behandlungsverbot, und im Falle einer Infektion werden sie getötet. Eigentlich gilt Deutschland seit 1997 als „amtlich frei von Rindertuberkulose“. Nun werden in der Region flächendeckend die Rinderbestände untersucht. Etwa ein Viertel der 2.100 Rinder haltenden Betriebe sind mittlerweile überprüft worden. Auf 82 Betrieben fielen die Tests für jeweils zwei bis drei Rinder positiv aus und 175 Tiere wurden getötet. Insgesamt sind mittlerweile 17.300 der 90.000 Rinder getestet. Die Ursache für den Ausbruch der Krankheit ist ungeklärt. Sowohl bei Wild- als auch bei Weidetieren wurde derselbe Erregertyp gefunden. Auch Rotwild wird untersucht. *cw*

„Wir brauchen nicht mehr Betriebe“

Chefs der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH in Mecklenburg-Vorpommern lassen in einem Interview mit dem NDR ihre agrarstrukturpolitischen Grundsätze erkennen: Ihrer Ansicht nach ist es für die ostdeutschen Flächen „unsinnig, diese neue geschaffenen sinnvollen Strukturen (...) zu zerstückeln“. *cw*

„Gewinn für die bäuerliche Landwirtschaft“

Niedersachsen hat einen neuen Landwirtschaftsminister, und der hat viele Baustellen

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind Niedersachsens neuer, erster grüner Landwirtschaftsminister und haben sich viel vorgenommen...

Christian Meyer: Niedersachsen soll nicht nur wie bisher beim Umsatz, sondern auch bei der Wertschöpfung und den bäuerlichen Arbeitsplätzen Agrarland Nr. 1 werden. Auch dafür brauchen wir ein Umsteuern zu Gunsten einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Deswegen legen wir den Schwerpunkt auf bäuerliche Betriebe. Angefangen damit, dass wir uns bei der EU-Agrarreform für eine Degression der Zahlungen mit Staffelung und Kappung einsetzen und in der 2. Säule die Umweltleistungen stärken, aber auch Anreize für kleine und mittlere konventionelle Betriebe bieten, beispielsweise in tierschutzgerechte Ställe zu investieren, die deutlich über den gesetzlichen Mindeststandards liegen. Da wollen wir entsprechend das Agrarinvestitionsprogramm mit einer Förderobergrenze für Stallbauvorhaben versehen und über ein Punktesystem artgerechte Haltung zur Fördervoraussetzung machen.

Natürlich werden wir den Ökolandbau stärken, das Agrarland Niedersachsen ist hier mit einem Flächenanteil von gerade einmal 2,8 % Schlusslicht, obwohl der Biomarkt jedes Jahr um 7 bis 10 Prozent wächst. Wir wollen aber nicht nur die Prämien anheben, sondern auch investieren in Beratung, Forschung, Projekte wie den Leguminosenanbau, die Ausbildung und das Studium und die Vermarktungsförderung.

Gerade in Niedersachsen stellt sich auch im Ökolandbau die Strukturfrage, für

Skandale sorgten große Biogeflügelbetriebe konventioneller Agrarindustrieller, die der ganzen Branche schaden.

Wir wollen auch keine Bioagrarindustrie. Der aktuelle Legehennen-Skandal zeigt auch hier, dass bäuerliche Strukturen notwendig sind. Deshalb haben wir uns in jeder Hinsicht die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe auf die Fahnen geschrieben. Das ist eine Kampfansage an das alte Dogma des Wachstums oder Weichens. Wir haben das Problem, dass viele Betriebe, gerade kleinere, auch viele Biobetriebe, in Niedersachsen durch die explosive Pachtpreisentwicklung Flächen verlieren. Über eine Änderung des Grundstücksverkehrsrechts wollen wir versuchen, die schwierigen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt, das Landgrabbing, in den Griff zu kriegen. Mein Motto ist da: Bauernland statt Bankenland.

Und die konventionelle Agrarindustrie? Es sind weitere Großställe in der Planung, die die Gegenwehr von zahlreichen Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen haben. Diese hegen nun hohe Erwartungen, aber was können Sie auf Landesebene überhaupt tun?

Mit den anderen, immerhin vier grünen, Agrarministern können wir Initiativen im Bund starten, beispielsweise um die Privilegierung großer, von der Gesellschaft nicht mehr akzeptierter Tierfabriken abzuschaffen. Bäuerliche Anlagen sollen weiter privilegiert bleiben. Und wir können jetzt schon einmal landesweit dafür sorgen, dass für die Kommunen einheitliche Standards in den Genehmigungsverfahren gelten, also im Bereich von Filtern, Umweltauflagen etc., das war bislang nicht



Christian Meyer am Mikro für eine bäuerliche Landwirtschaft

Foto: Rimmel

so. Wir haben seit 2 bis 3 Jahren wieder steigende Nitratwerte im Grundwasser in der Weser-Ems-Region, mein Vorgänger Gerd Lindemann musste einräumen, dass es nicht gelingt, die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten. Da gibt es den Verdacht der Landwirtschaftskammer, dass flächenlose Großställe Flächen zur Gülleentsorgung doppelt und dreifach belegt haben. Wir wollen das mit der Einführung eines Güllekatasters zukünftig unterbinden und damit auch Stallneubauten einschränken. Lindemann hatte auch Vorhaben zur Reduzierung von Neubauten, hat sich aber nicht getraut, die umzusetzen.

Gerd Lindemann hat hingegen einen durchaus ambitionierten Tierschutzplan aufgelegt, was passiert damit?

Wir werden ihn weiter verfolgen und gucken, wo wir noch nachsetzen können, beispielsweise wollen wir noch stärker das Thema Antibiotika mit der Tierhaltung verknüpfen, weil offensichtlich ist: Je größer und intensiver die Haltung, desto mehr Antibiotikagaben.

In Niedersachsen gibt es nicht nur viele Schweine und Hühner, sondern auch Kühe, vielfach steht den Milchviehhaltern das Wasser bis zum Hals.

Wir müssen uns auf EU-Ebene bei der Gestaltung der Marktordnungen dafür einsetzen, dass bei der Milch Bündelungssysteme möglich sind. Wir kämpfen für faire Milchpreise. Und wir werden ein Weidemilchprogramm zum Schutz des Grünlandes auflegen, auch das stärkt bäuerliche Betriebe mit einer artgerechten Haltung.

Die Vorbehalte sind groß, zwar gibt es schon einen Wandel in den Begrifflichkeiten, mit denen man Sie belegt, vom Bauernschreck zum Bauernschmeichler, aber auch den Vorwurf, hier gebe es um eine Agrarwende für die Städter ohne die Bauern.

Im Wahlkampf gab es mal die Ansage des Bauernverbandes, mich nicht mehr zu Veranstaltungen einzuladen, weil ich an der Basis zu gut ankomme... Aber im Ernst: Wir Grünen kämpfen für eine bäuerliche Landwirtschaft, für mehr Wertschätzung für Lebensmittel, mehr Tier- und Umweltschutz, gesellschaftliche Akzeptanz und gegen Höfesterben. Das finden auch immer mehr Landwirte an der Basis gut, wie mir Rückmeldungen zeigen. Die Agrarwende hat, wie die Energiewende, einen hohen Zuspruch in der Bevölkerung, und uns Grünen wird in allen Umfragen mittlerweile die höchste Agrarkompetenz von den Wählerinnen und Wählern zugesprochen. In Niedersachsen gehen jährlich rund 1,5 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln in den Bereich der Landwirtschaft. Diese Mittel müssen wir gezielt einsetzen, um der Landwirtschaft wieder eine von der Gesellschaft akzeptierte Richtung zu geben. Gerade deshalb ist es wichtig, im Konsens ein neues Leitbild für zukunftsfähige Landwirtschaft zu entwickeln. Dafür werden wir einen breiten Dialogprozess mit allen landwirtschaftlichen Verbänden, Verbrauchern, Umweltverbänden, Wirtschaft und Kommunen starten. Nur gemeinsam können wir die Agrarwende als Gewinn für die bäuerliche Landwirtschaft schaffen.

Vielen Dank für das Gespräch. cs

Agrarwende mit Bauern

„Die Erwartungen sind wahnsinnig hoch“, sagt Martin Schulz, Neulandbauer und der niedersächsische Landesvorsitzende der AbL, zu seinem neuen Landwirtschaftsminister Christian Meyer, „dabei ist klar: In fünf Jahren werden nicht alle Schweine auf Stroh stehen.“ Aber es sollten gerne viel mehr sein als heute, deshalb wünscht sich Schulz eine Umverteilung der Subventionen in der EU über Kappung und Staffelung zugunsten kleinerer Betriebe und der Mittel im Land zugunsten einer artgerechten und umweltschonenden Tierhaltung. „Es muss eine Um- und Neubauförderung geben, und vor allem müssen Initiativen zur Vermarktung der Produkte unterstützt werden“, fordert Schulz und weist auf die Neulanderfahrungen. Nur wenige neue Betriebe kamen in letzter Zeit hinzu, hauptsächlich weil sie kaum betriebswirtschaftliche Vorteile sahen. Ähnlich sieht es Bioland-Bauer Reiner Bohnhorst, Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen des Ökoanbauverbandes. Er konstatiert auch für den Ökolandbau eine schwierige Erzeugerpreissituation, besonders zu spüren auf Betrieben, die auf keine eigenständige regionale Vermarktung setzen können, sondern für den Großhandel oder den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel produzieren. Nicht umsonst schrumpfte im letzten Jahr die Ökofläche in Niedersachsen, während der Biomarkt aber boomt. Bei aller Wichtigkeit von Prämien, Investitionsförderung, Beratung, Ausbildung, Forschung - faire, kostendeckende Preise sehen beide Bauern, unabhängig voneinander, als wichtigste Perspektive, damit Berufskollegen ihre eigene Agrarwende vollziehen. cs

Wir müssen uns rühren

Bio-Milchvertreter diskutierten Marktbeziehungen und Milchpreise

Auf dem Milchforum während der Biofach werden aktuelle Preisentwicklungen und Zukunftstrends besprochen. In diesem Jahr stand vor allem die Frage, wie es nach 2015 weiter gehen wird im Mittelpunkt der Diskussion.

Entwicklungen des Biomilchmarktes

Bioland Milchexperte Rüdiger Brüggemann begann mit den Entwicklungen am deutschen Bio-Milchmarkt. Insgesamt, so sein Fazit, lagen die Preise 2012 unter dem Durchschnitt von 2011, bio um 0,9 Cent (2011: 43,1 Cent) und konventionell um 2,7 Cent (2011: 35,1 Cent). Alois Burgstaller berichtete, dass der Milchpreis in Österreich mit 39,5 Cent 2012 etwas unterhalb des deutschen gelegen habe und niedriger als in 2011 gewesen sei. Insgesamt entwickle sich die Nachfrage nach Biomilch positiv und habe in 2012 den Anteil von 14,1 % am österreichischen Milchmarkt erreicht. Trotzdem produzieren die Österreicher mehr Biomilch, als national verbraucht wird. Auch in Frankreich ist die Bio-Milchmenge gestiegen, auf 450 Mio kg in 2012, berichtet Karin Sidler von der FNAB (Nationale Vereinigung der ökologischen Landwirtschaft). Der Preis sei aber auf 42,6 Cent/Liter Milch gesunken.

Dramatisches berichtet Christian Petersen aus Dänemark. Hier sanken sowohl Milchmenge als auch die Zahl der Biomilchbetriebe leicht. Die bestehenden Betriebe seien durchweg in einer schwierigen Situation. Aufgrund der Bankenkrise stiegen die Zinsen und zusätzliche Kredite seien nur schwer zu bekommen. Milchpreise von 44 Cents bei 4,2 % Fett und 3,4 % Eiweiss sind nicht kostendeckend. Auch steigen die Pachtpreise, weil in Süddänemark immer mehr Mais für norddeutsche Biogasanlagen produziert wird.

Molkereipläne nach 2015

„Das Auslaufen der staatlichen Quotenregelung in 2015 wird einen gewaltigen Einschnitt für die Milcherzeuger bedeuten“, begann Romuald Schaber, Präsident des European Milk Board, seinen Vortrag. Von der Einführung eines Close-Shop-Modell bis zu „Wir werden gar nichts tun“ reichten derzeit die Aussagen von Molkereien. Doch schon jetzt, so Schaber, führen die ersten Molkereien Zweipreissysteme ein. Soodial in Frankreich will beispielsweise für die ersten 85 % einen festen Milchpreis zahlen und den Preis für die restlichen 15 % von der Marktlage abhängig machen. „Eine Mengenbegrenzung und

kostendeckende Erzeugerpreise, sowie die damit verbundenen höheren Rohstoffpreise, sind nicht im Interesse der Molkereiunternehmen“, betont Schaber. Große Genossenschaften mit Zweipreissystemen haben einen enormen Vorteil am Markt. Die Schweizer haben beispielsweise dank ihrer ABC-Preise, erzeugerfinanzierter Abgaben und staatlicher Subventionen Magerkäse für 80 Cent/kg nach Italien exportiert. Da könne kein Konkurrent kostendeckend mitgehen. Zweipreissysteme bedeuteten volle Flexibilität für die Molkereien und völlige Abhängigkeit der Erzeuger.

Die Stimme erheben

In Brüssel wird derzeit der Vorschlag des EU-Parlamentarier Dantin diskutiert. Er schlägt vor, ein Bonus/Malus System für Unter- und Überlieferer einzuführen, das sich an den heute noch bestehenden einzelbetrieblichen Mengenbegrenzungen orientieren soll. Dem EMB geht dieser Vorschlag im Bezug auf die Mengenbeschränkung nicht weit genug. In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es wichtig ist, sich in der eigenen Molkerei und in der Politik zu Wort zu melden, ob mit oder ohne Mandat. Denn die bisherigen Vorschläge für die Zeit nach 2015 enthalten alle keine effektive Mengensteuerung, die den Erzeugern kostendeckende Preise ermöglicht. Und auch wenn der Bio-Milchmarkt anders aussieht als der konventionelle, überschaubarer ist und in den meisten Ländern weiter im Wachstum, so bleibt die Kopplung an den konventionellen Milchmarkt bestehen und der Schulterchluss mit den Kollegen unerlässlich. *Sonja Korpeter*

Kurzes am Rande

Garantiepreis für Biomilch

In den Niederlanden haben die Biomilch-Lieferanten von FrieslandCampina einen Garantiepreis für Biomilch durchgesetzt, der unabhängig vom Gewinn der Genossenschaft gezahlt wird. Er generiert sich als gewichteter Durchschnitt aus den Biomilchpreisen in den Niederlanden, Deutschland, Dänemark und Großbritannien. Zusätzlich werden, abhängig vom Gewinn des gesamten Unternehmens, ein Leistungszuschlag in bar (30 %) gezahlt, sowie Mitgliederobligationen (20 %) ausgegeben. Das System ist seit dem 1. Januar 2013 in Kraft und soll dazu beitragen, dass die Bio-Milchpreise weniger als die Preise für konventionelle Milch schwanken, und auf einem guten Niveau bleiben. Für Februar liegt der Preis bei einer Liefermenge von 500.000 kg Milch für 4,41 % Fett und 3,47 % Eiweiss, mit Eiweiss-Zuschlag und abzüglich des Genossenschaftsbeitrages bei 45,55 Cent ohne Steuern. Die reale Höhe der Produktionskosten findet keine Berücksichtigung bei der Festlegung des Garantiepreises. Sinkt der Biomilchpreis in den Nachbarländern, so sinkt er auch für die Biomilchlieferanten von FrieslandCampina. Umgekehrt gilt dies natürlich genauso. In Bezug auf 2015 will FrieslandCampina alle Milch ihrer Biomilch-Anlieferer annehmen. Neue Bio-Erzeuger werden nur aufgenommen, wenn sie Genossenschaftsmitglieder sind und die Marktnachfrage nach Biomilch entsprechend steigt. *sj*

Neues Mengen-Modell in Österreich

Die größte Molkereigenossenschaft in Österreich, die Berglandmilch, will zum 1. Januar 2014 eine Form der molkereieigenen Milchmengenbegrenzung einführen. Jedes Genossenschaftsmitglied hat zum November 2012 bereits die Höhe seiner zukünftigen Basismilchmenge mitgeteilt bekommen, die sich zusammensetzt aus dem besten Anlieferungsjahr der Jahre 2009 - 2012. Liefert der Landwirt in 2014 und folgende Jahre mehr als seine Basismenge, so wird pro kg Milch ein Vermarktungsbeitrag einbehalten, dessen Höhe jährlich im Vorhinein mitgeteilt wird. Für das folgende Jahr wird dann 30 % der Mehrmenge auf die Basismenge aufgeschlagen, und der Landwirt kann, wenn er bereit ist, ein Jahr lang weniger für einen Teil seiner Milch zu bekommen, wachsen. Ernst Halbmayr, Milcherzeuger und IG-Milch-Mitglied kommentiert das Modell: „Für die Berglandmilch ist diese Regelung sehr vorteilhaft. Über die Höhe des Basismengen-Preises kann sie sich profilieren und über die billige Milch, die sie über die wachsenden Mehrmengen erhält, ihre Produkte am Markt günstiger als die Konkurrenz anbieten. Der Strukturwandel in Österreich schreitet voran und viele Milchbetriebe geben auf. Wenn nun die Quote ausläuft, haben die frei werdenden Produktionsrechte keinen Wert mehr. Viele der Berglandmilch-Lieferanten werden ihre Produktion ausweiten und trotz Vermarktungsbeitrag überliefern, und so kommt die Berglandmilch weiter an ihre gewohnten Milchmengen, muss aber weniger für sie zahlen als bisher. Für die Molkerei ein optimales Modell.“ *sj*



Milchbauern demonstrieren für faire Milchpreise

Foto: Abl-Bayern

Trojanisches Pferd auf dem Rossmarkt

Zum traditionellen Rossmarkt im bayerischen Berching kamen Mitglieder des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) mit einem trojanischen Holzpferd in die Stadt. Sie erinnerten damit den anwesenden Ministerpräsidenten Horst Seehofer an dessen Versprechen aus dem Jahre 2009 sich in der Milchpolitik um die Belange der Milchbauern und -bäuerinnen zu kümmern. Seither habe sich die Marktlage eher verschlechtert und Seehofer habe sein Versprechen anscheinend vergessen, so BDM Mitglied Bernhard Hiltl in einem Beitrag von „Studio Neumarkt“. *cw*

Meinungsumfrage zur Agrarpolitik

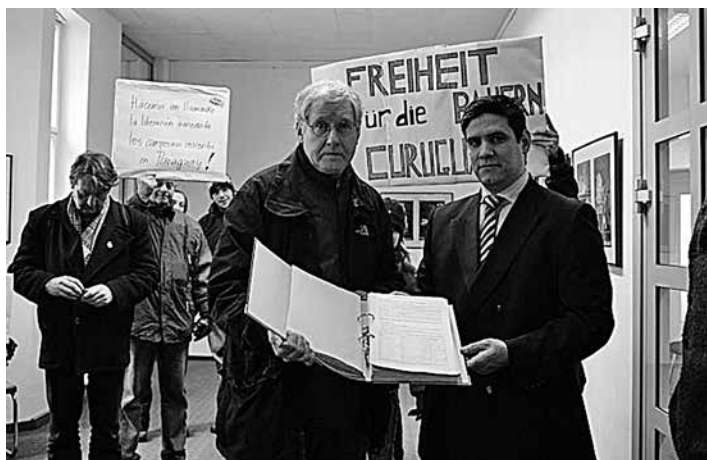
Der AbL Regionalverband Bayerisches Oberland hat mit Unterstützung der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ eine telefonische Umfrage in den Landkreisen Tölz, Miesbach und Starnberg durchgeführt. 46 LandwirtInnen äußerten ihre Meinung zu verschiedenen Ebenen und Themen der Agrarpolitik. 45 Stimmen sprachen sich gegen Gentechnik aus. Die verschiedenen Ebenen der Agrarpolitik in Bayern, im Bund und in der EU wurden nahezu gleich bewertet: 10 % sind zufrieden, knapp 40 % mit Abstrichen und 50 % sind unzufrieden. Die zusätzlich extra erfassten 31 Milchviehhalter lieferten ein noch kritischeres Bild: Keiner ist zufrieden, stattdessen sind mehr als 60 % unzufrieden. Die Arbeit von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner kam insgesamt mit nur knapp 40 % unzufriedenen Stimmen, ein wenig glimpflicher davon. Für Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) machten 7 TeilnehmerInnen keine inhaltlichen Aussagen, für die Berechnung der Betriebsprämien nach Fläche sprachen sich 13 LandwirtInnen aus, für die Berechnung nach Arbeitskräften 20 und 6 wollen bessere Preise und keine Zuschüsse. *cw*

Rosa Tannenzapfen: Kartoffel des Jahres 2013

Seit 2006, während der Diskussion um die Kartoffelsorte „Linda“, wird der Titel „Kartoffel des Jahres“ von einer unabhängigen Jury verliehen, um fast in Vergessenheit geratene Sorten bekannter zu machen und so zu deren Erhalt beizutragen. Bei den „Rosa Tannenzapfen“ mit rosa Schale und tief liegenden, häufig schuppenähnlichen Augen ist der Name fast eine Sortenbeschreibung. Wegen dieser Form, die zum Schälen ungünstig ist, wurde diese Vertreterin der breiten Kartoffelvielfalt jedoch fast vom Markt verdrängt. Die Knollen sind fingerförmig, die Schale glatt, das Fleisch gelb und festkochend. Geschmacklich wird die Jahressiegerin als fruchtig intensiv beschrieben. Die diesjährigen Jurymitglieder: Georg Janßen (AbL), Jan Plagge (Bioland), Karsten Ellenberg (Ellenberg's Kartoffelvielfalt GbR), Prof. Dr. Rolf Wiese (Freilichtmuseum am Kiekeberg), Carolin Grieshop (Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH), Walter Kress (Slow Food Deutschland), Peter Glandien (Tartufflis erlesene Kartoffeln), Dr. Heidi Lorey (VEN), Rudolf Vögel (VERN). *cw*

Solidarität mit den Bauern in Paraguay

Eine 15-köpfige Delegation verschiedener Organisationen (FIAN, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, BDM, meine Landwirtschaft, Zukunftsstiftung Landwirtschaft) hat auf Initiative der AbL Bayerisch-Schwaben 2.128, innerhalb von nur 3 Wochen bundesweit gesammelte, Unterschriften in der Botschaft von Paraguay in Berlin übergeben (die Aktion läuft weiter unter www.curuguay.info). Anlass war der Prozessauftritt in Paraguay am 14.2. gegen die, an einer Gutsbesetzung mutmaßlich beteiligten Bauern, denen hohe Haftstrafen drohen, obwohl drei unabhängige Untersuchungskommissionen Hinweise für die Unschuld der Bauern fanden. Kern der Aktion ist die Forderung nach einem fairen und gerechten Prozess, aber auch nach einer echten Landreform mit Rückerstattung von staatlichem Landeigentum an die Kleinbauern, das sich Großgrundbesitzer illegal angeeignet haben. Die gewaltsame Räumung der Gutsbesetzung im Juni 2012 mit 19 Toten auf beiden Seiten führte zur Amtsenthebung des bisherigen linken Präsidenten Lugo. Die Interessen der Agrarindustrie und der Gentechnikkonzerne werden seitdem noch rücksichtsloser durchgesetzt. *ae*



Unterschriftenübergabe in der Botschaft von Paraguay.

Foto: Borgfeld

Kurzes am Rande

Kampf um Boden

Mitgliederversammlung der AbL-Bayern zu Boden und Interessensvertretung

Bei der Begrüßung zur Jahresmitgliederversammlung der AbL Bayern wies Landesvorsitzende Edith Lirsch wieder mal auf das wichtigste das „kleine b“ hin. Also die Bäuerlichkeit. Betriebswirtschaft siegt derzeit über Volkswirtschaft, und damit ist die bäuerliche Landwirtschaft in Gefahr, so ihre Erkenntnis. Dazu passte das Referat des Gastredners Josef Krammer: „Der historische Kampf um die Verfügbarkeit über den Boden.“ Die Anfänge der Kolonisierung, also dem sesshaft werden der Menschen bis zur heutigen Verteilung bezeichnete er als „mehr als 1000 Jahre Kampf um Grund und Boden.“ Die Hoch- und Schwarzwälder galten ehemals als Allgemeinut. Jeder konnte daraus seinen privaten Holzbedarf an Bau- und Brennholz abdecken. Als „Landraub der Fürsten im 16. Jahrhundert“ bezeichnete Krammer die Gesetzgebung, die nur mehr den Fürsten die Holznutzung erlaubte. Als Rechtsgrundlage diente das sogenannte „römische Recht“ - natürlich in Latein. Es ist bis heute Grundlage für Rechtsanwälte. Als Folge des ersten Börsenkrachs 1873 erfolgte ein großes Bauernlegen bis etwa 1910. Das heutige Phänomen des Landgrabbing, der Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt hat ein ähnliches Prinzip.

Nach Krammer referierte Franz Rohrmoser über den Kampf der Bauern um ihre Rechte. Interessensgegensätze bezeichnete er als entgegenwärtig. Jeder Widerstand gegen Unrecht beginne mit geistigem Widerstand, also der Erkenntnis des Unrechts. Die demokratische Grundhaltung akzeptiere auch andere Interessen. Das Wort „Bauernspalter“ würde von Machtausübern für unliebsame Meinungen gerne verwendet. Die Macht der Elite begründet sich auf Unwissenheit und Gutgläubigkeit der zu Leitenden. Im Widerstand gegen das Unrecht wären Verbündete höchst wichtig. Für die

Bauern seien dies die Verbraucher.

Bei der Mitgliederversammlung am Nachmittag stellte sich der neue Bundesvorsitzende Bernd Voß in einem kurzen Referat den anwesenden Mitgliedern vor. Landesvorsitzender Josef Schmid stellte im Rückblick die umfangreiche Arbeit des Landesvorstandes vor. Viele Termine, Gespräche und Veranstaltungen drehten sich immer wieder um die anstehende GAP-Reform und die Ausrichtung der Landwirtschaft, wobei es immer große Unterstützung für eine bäuerliche Landwirtschaft gab. Eine Satzungsänderung, die künftig mindestens 4 Beisitzer im Landesvorstand festschreibt, wurde ohne Gegenstimmen verabschiedet. Im weiteren lag der Versammlung ein Antrag des stellvertretenden Landesvorsitzenden Georg Martin zur Einführung einer Fördermitgliedschaft im bayrischen AbL-Landesverband vor. Begründet wurde der Antrag unter anderem damit, dass der Bundesvorstand die Forderung der AbL-Bayern zur Einführung des Arbeitsbedarfsmodells bei der Verteilung der Fördergelder bei der GAP für die nächsten sieben Jahre nicht übernommen hat. Dies habe zur Folge, dass zur Zeit kaum mehr neue Mitglieder in Bayern gewonnen werden könnten bzw. sogar Austritte zu erwarten seien. Um dies zu umgehen, soll diesem Personenkreis eine Mitgliedschaft im bayrischen Landesverband angeboten werden. Nach einer kurzen intensiven Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Beitragshöhe orientiert sich an der des Bundesverbands. Breite Unterstützung fand der Antrag an den Bundesvorstand der AbL zur Einberufung einer außerordentlichen Bundesmitgliederversammlung um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Bei den Berichten der acht Regionalgruppen wurde deutlich, wie aktiv und vielseitig für eine bäuerliche Landwirtschaft gekämpft wird. *Die Redaktion unter Mithilfe von Lucia Egner und Edith Lirsch*

Bäuerliche Landwirtschaft sichern!

Mitgliederversammlung der AbL NRW

Im Haus Düsse besichtigte man den ökologischen Schweinestall, mit biologischen Leistungen von 22 abgesetzten Ferkeln je Sau und Jahr. Für die ökologische Sauenhaltung nannte Herr Arndt, der Stallmeister, eine Bestandsobergrenze von etwa 120 Sauen, in der noch eine ausreichende Tierbeobachtung möglich ist. „Wir können viele Dinge durch genaue Tierbeobachtung im Ansatz erkennen und adäquat darauf reagieren“. Das würde auch in der konventionellen Tierhaltung so einige Flaschen Antibiotika sparen.

Der parlamentarische Staatssekretär für den ländlichen Raum, Horst Becker erläuterte die

Aktivitäten des Landwirtschaftsministeriums. Über den Bundesrat versucht NRW mit anderen Bundesländern Druck auf die Bundesregierung in wesentlichen Fragen der Tierhaltung, wie zum Beispiel Medikamenteneinsatz und Veränderungen des Baugesetzbuches, zu machen. Der neue AbL-Bundesvorsitzende Bernd Voß betonte in seiner Rede, dass die Landwirtschaft durch die Wachstumskonzentration in die Defensive geraten sei. Nur die AbL habe sich diesem angeblichen Wachstumswang entgegenstellt. Den Begriff bäuerlich weiterhin mit Inhalt zu füllen, ist natürlich nicht nur die Aufgabe der AbL NRW, aber eben auch. *cd*

Betriebsspiegel:

15 ha Acker (Getreide, Futterbau, Feldgemüse, Kartoffeln)
45 ha Grünland
30 Milchkühe plus Nachzucht
Käserei
Backstube
Hofladen

Der Demeterbetrieb, auf dem ich seit eineinhalb Jahren arbeite, liegt im nördlichen Schwarzwald auf knapp 600 Metern über NN. Wir bewirtschaften die Gemarkung eines kleinen alten Waldhufendorfes, durchzogen von Hecken und umgeben von Laubmischwäldern. Die Böden sind flachgründig auf Buntsandstein. In den letzten Jahren macht uns hier auch eine zunehmende Frühjahrstrockenheit zu

Bis zum Zeitpunkt der Pachtübernahme unseres Betriebes vom Kreis Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein) im Jahre 1991, war mein Verhältnis zur Jagd recht zwiespältig. Einerseits faszinierte mich die Jagd schon als Kind, ich war Naturbursche der Prä-Computer-Zeit und immer viel draußen. Andererseits hatte ich in meinem Inneren eine ganz spezielle Schublade für das Thema Jagd und diejenigen, die sich zur Ausübung des deutschen Waidwerks berufen fühlten. Diese Schublade wurde kräftig bedient, seitdem in meiner Jugend unser Hofhund Max (Liebling der ganzen Familie) von einem Jäger erschossen wurde.

Die Domäne Fredeburg liegt im wild- und waldreichsten Landkreis Schleswig-Holsteins. Mit jährlich ca. 4.000 Sauen werden hier im Landesvergleich die meisten Wildschweine erlegt. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch sind die Jagdstrecken bei Rot-, Dam- und Rehwild. Von Anfang an bot mir die Arbeit in Fredeburg reichlich Gelegenheit, mich mit den Lebensgewohnheiten des Schwarzwildes auseinanderzusetzen. So wurde mir schnell die Anziehungskraft unserer neu bestellten Äcker auf diese Wildart deutlich, nachdem die Schwarzkittel immer wieder eventmäßig zulangen. Und regelmäßig im Herbst, wenn die Eicheln und Bucheckern zu Boden fielen, gingen die Sauen in ihrem Verlangen nach tierischem Eiweiß ans Werk und machten unsere Wiesen und Weiden mehr oder weniger schwarz. Grünlandumbruchverbot? Nur Schweine setzten sich darüber hinweg! Der Gipfel der Frechheit war erreicht, als ein in der Milchreife stehender Dinkel innerhalb von drei oder vier Nächten zu 75 Prozent platt gemacht wurde. Ich sann nach Rache! Und ein bis dahin

schaffen, die uns auf dem Grünland einen deutlichen Ertragsrückgang beschert hat. Doch seit dem vergangenen Jahr stellt uns die Natur vor eine weitere Herausforderung.

Sie kommen nachts, meist in Rotten, gelegentlich auch alleine oder zu zweit. Erst wenn die letzten Spaziergänger verschwunden sind, in der Regel nach Mitternacht, ziehen sie ihre Runde über die Wiesen und gerne auch über unsere Kompostmieten. Kein Insekt, Wurm oder schmackhafte Wurzel ist vor ihnen sicher. Es wird gewühlt, gerupft und zerrissen, bis von der Grasnarbe nichts mehr zu sehen, geschweige denn zu ernten ist. Das „Reparieren“ der be-

troffenen Wiesen von Hand haben wir sehr schnell aufgegeben. Wenn ein bis zwei Drittel der Fläche betroffen ist, verlässt einen schnell der Mut, steht man nur mit der Schaufel in der Hand davor. Werden diese Flächen mit der Wiesenschleppel bearbeitet, nehmen sie für die Wildschweine an Attraktivität eher zu, da hierbei auch das Bodenleben angeregt wird. Ein schierer Teufelskreis.

Die Jäger, zu denen auch mein Chef gehört, versuchen ihr Möglichstes, um den Bestand zu reduzieren, doch durch die grenzenlose Deckung rund um das Dorf und auch zwischen den einzelnen Flächen ist es das Wildschwein-Para-

dies auf Erden. Auch Treib- oder Drückjagden sind hier topographisch sehr schwer durchzuführen und zudem alles andere als erfolgversprechend. Das Einzäunen der Weizen und Hafer-Gerste-Erbesen-Flächen, sowie des knappen Hektars Feldgemüse ist seither unerlässlich. Auch wenn der Stromzaun dem einen oder anderen Schweinepelz wenig auszumachen scheint, ist er der einzige relativ sichere Schutz. Allerdings ist er auch mit viel Zeitaufwand für Auf- und Abbau, sowie dem regelmäßigen Freischneiden verbunden. Für das Grünland ist es jedoch undenkbar umzusetzen.

Nun soll uns ein spezielles Anbaugerät für die Einebnung von Wildschweinschäden zumindest die Wiesen-Reparatur erleichtern. Die Ursache bleibt indes ungelöst. Zudem erweitert die im Nachbardorf neu errichtete Biogasanlage das Futterangebot um den „säumäßig“ beliebten Mais, der bisher hier oben eher selten angebaut wurde.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich der Wildschweinbestand irgendwann naturgetreu reguliert, sei es durch einen harten Winter oder andere natürliche Auslese. Ich für meinen Teil würde auch gerne auf den fast regelmäßig zubereiteten, sehr leckeren Wildschweinbraten verzichten, könnte ich dafür im Gegenzug in Zukunft die Wege zwischen unseren Flächen entlanggehen, ohne jedes Mal Angst haben zu müssen, die nächste, von den Wildschweinen umgebrochene Wiese zu erblicken.

Christian Bayer, Unterlengenhardt

Die Schwarzkittel kommen



Bauernjagd

Unbekanntes Fieber durchfuhr mich fortan - spätestens dann, wenn sich einige Tage nach Neumond, bei gutem Wind, die schmale Sichel am frühen Abendhimmel zurückmeldet und für genügend Büchsenlicht sorgt. Der Schwarzwildjäger in mir war erwacht! Der Hilflosigkeit überdrüssig, wollte ich damals unser Hab und Gut verteidigen und erwog zunächst eine Laufbahn als Wilddieb. Nach reiflichem Überdenken meiner persönlichen Perspektiven und einem gottlob ermutigenden Gespräch mit einem befreundeten Förster aus der Nachbarschaft, verwarf ich diesen Gedanken und begann mit meiner Jägerausbildung. Dieser markante Wendepunkt in meiner Biografie liegt nun bereits zehn Jahre zurück, und als ehemals braver Ackerbauer mit pazifistischem Hintergrund greife ich seitdem öfter mal zur Repetierbüchse. Die Jagd ist in Deutschland an das Eigentum von Grund und Boden gebunden und steht somit im engen Verhältnis zur Land- und

Forstwirtschaft. Diese gestaltet die Lebensräume der wild lebenden Arten und ist Verursacher und Geschädigter zugleich, wenn es um zunehmende Schalenwildbestände und Wildschäden geht. Es ist für mich daher nur logisch und erstrebenswert, dass sich neben den Forstleuten auch wir Landwirte an der Jagdausübung beteiligen und diese mitgestalten. Für mich bedeutet dies auch Übernahme von Gesamtverantwortung für das mir anvertraute Stück Erde. Wie überall ist auch bei der Jagd die Passion entscheidend für Erfolg und Zufriedenheit darüber, was wir tun. Die Direktvermarktung des Wildfleisches über unseren Hofladen und die Möglichkeit der Wertschöpfung und Honorierung dieser Tätigkeit, welche ich nicht unter Hobby verbucht wissen möchte, rundet für mich den Sinn der Jagd sehr schön ab.

Heute bin ich den Wildschweinen beinahe dankbar dafür, dass sie mich damals so geärgert haben und ich durch

meine Erfahrungen anders auf diese Dinge schauen kann. Rachegefühle haben sich in Staunen und Mitgefühl verwandelt gegenüber dieser faszinierenden Wildart, und ich bin froh über die schönen, spannenden Erlebnisse und die Möglichkeit der besonderen Wahrnehmung unseres Hofes und der Natur.

Draußen wird es dunkel, wir haben etwas Neuschnee - bestes Büchsenlicht! Was machen die Sauen? Etwas regt sich in mir - der Jäger erwacht...

Alfons Wiesler-Trapp

Betriebsspiegel:

160 ha Demeter-Gemischtbetrieb
Betriebsgemeinschaft, 4 Familien
Milchvieh, Hofkäserei
Getreide, Kartoffeln, Gemüse
Hofladen
Jagdbegleiter: Lukas Gleißner, 10
Jahre und Haiko (Hannoverscher
Schweißhund)

Dachorganisation für Milchvermarktung

Sieben Milcherzeugergemeinschaften (MEG) aus Norddeutschland haben während der Grünen Woche in Berlin als Dachorganisation die MEG Nord gegründet. Vertreten sind darin über 300 Bäuerinnen und Bauern. Fast 350 Millionen Kilogramm Milch sind damit gebündelt und stärken die Verhandlungsmacht der Milcherzeugern gegenüber den Molkereien. Diese Stärke möchte der Vorsitzende Alfred Ritters aus Barförde nutzen, um einheitliche Milchkaufverträge mit regelmäßigen Festpreisverhandlungen für die Mitglieder durchzusetzen. Vorbild ist die schon 2006 gegründete „Bayern MEG“, die heute rund 1,7 Milliarden Kilogramm Milch von rund 10.000 Landwirtinnen bündelt und vermarktet. *cw*

Landtechnik-Konzentration

Weltweit geht die Konzentration in der Landtechnik-Branche weiter, u.a. unter dem Druck der internationalen Konkurrenz und der Weltmarkt-Krisen. Im hiesigen Bereich gab es dadurch allein in den letzten beiden Jahren folgende Veränderungen: Der Bodenbearbeitungsgeräte-Hersteller Rabe wurde nach Insolvenz durch die französische Gregoire-Besson-Gruppe übernommen, der Kartoffelroder-Spezialist Grimme übernahm den Rübenroder-Spezialisten Kleine, der Rübenerte-Spezialist Ropa übernahm WM-Kartoffeltechnik, der japanische Traktorenkonzern Kubota wurde Mehrheitsaktionär des norwegischen Unternehmens Kverneland. AGCO-Fendt übernahm das italienische Unternehmen Laverda und zeigte Interesse an Case New Holland. Die mit der Reeder-Dynastie Rickmers verbundene Firma DMB plant die Übernahme des Frontlader-Herstellers Stoll. Auch im Bereich des Landmaschinen-Vertriebs ging die Konzentration weiter, u.a. durch die Übernahme des württembergischen CLAAS-Vertriebs durch die BayWa. Im Bereich der Biogasanlagen-Hersteller ist der 5%-Einstieg des Stallanlagen-Multis Big Dutchman bei der Zevener MT erwähnenswert. *en*

Lukrative Tiermedizin

In einem Bericht über die „lukrative Tiermedizin“, mit der „sich ordentlich Geld verdienen“ lässt, schildert die Süddeutsche Zeitung die Entwicklungen auf dem Markt der Tierpharma-Hersteller: Pfizer mit 4,2 Milliarden Dollar Umsatz hat seine Pläne zum Verkauf der Tierpharma-Sparte aufgegeben. Die weltweiten Nummern 2 und 3, Merck und Sanofi-Aventis („Merial“), haben ihre Fusionspläne beendet. Bayer kaufte die amerikanische Sparte des israelischen Tierpharma-Herstellers Teva zu. Der Tierpharma-Umsatz stieg im letzten Jahr um 9 Prozent auf 22 Milliarden Dollar, davon werden zwei Drittel im Nutztierbereich erzielt. Kunden der Pharma-Hersteller sind in der Regel Tierärzte. *en*

Gruppenhaltung von Sauen im Verzug

Zwölf Jahre Übergangsfrist sind vorbei. Ab dem 1. Januar 2013 müssen trächtige Sauen nach EU Recht zumindest in der Zeit zwischen Decken und Abferkeln in Gruppen gehalten werden. Weder Deutschland noch Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Polen, Portugal oder Zypern halten diese Verpflichtung bisher ein. In Deutschland hinken nach Angaben aus Brüssel etwa 20 % bis 25 % der sauenhaltenden Betriebe hinterher. Die EU Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die betroffenen Mitgliedsstaaten eingeleitet und rügte die Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den Betrieben, die die nötigen Investitionen zu Gunsten des Tierschutzes schon durchgeführt haben. *cw*

Kurzes am Rande

Lasagne verSchimmelt!

Pferdefleisch ist nicht gesundheitsschädlich und dennoch ein Skandal

Bis jetzt ist der Weg des Pferdes in die Tiefkühlgerichte nicht abschließend geklärt. Allerdings sind die groben Strukturen deutlich. Ein Luxemburger Verarbeiter Tavola bestellt Rinderhack bei Spanghero in Südfrankreich. Von dort wird ein zypriotischer Zwischenhändler eingeschaltet, der wiederum den schon einschlägig vorbestraften Jan Fasen in den Niederlanden beauftragt. Fasen nutzt seine Kontakte und bestellt Fleisch in einem rumänischen Schlachthof. Dieser liefert sechs Monate lang Pferdefleisch, das auch als solches deklariert ist, zur Firma in Südfrankreich. Hier wird umdeklariert und das Fleisch geht als Rindfleisch an Tavola. Hier wird Tiefkühl-Lasagne produziert und über Europa verteilt. Neben Lasagne sind weitere Produkte betroffen. Vor allem Nudelgerichte mit Sauce Bolognese. Der hohe Verarbeitungsgrad des Fleisches in den Produkten macht den Betrug einfacher.

Nur ein Betrug?

Die offiziellen Stellen, aber auch die Handelsunternehmen weisen immer wieder darauf hin, dass von dem verarbeiteten Pferdefleisch keine Gesundheitsschäden ausgehen. Ob die geschlachteten Pferde wirklich einen Äquidenpass besaßen und zur Lebensmittelproduktion vorgesehen waren, bleibt offen. Offen bleibt auch die Frage, ob es sich nur um einen weiteren Betrugsfall handelt, wie die Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner suggeriert, oder ob es nicht ein über Jahrzehnte entwickeltes System der Lebensmittelverarbeitung, der Spekulation mit Waren und der Suche nach der größtmöglichen Rendite ist, die solche Fälle zumindest begünstigen. Auch bei dem in den Nudelgerichten verarbeiteten Rindfleischanteil darf man davon ausgehen, dass hier nicht zwingend die Art Hackfleisch verarbeitet wurde, die der Verbraucher in der Metz-

gerei erstellt. Auch das viel beschriebene Separatorenfleisch könnte auf diesem Weg Zugang zum hochpreisigen Lebensmittelmarkt finden.

Gewollte Anonymität

Es sind die großen Strukturen, undurchsichtige Lieferantenbeziehungen, stellt der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bernd Voß klar, die solche Entwicklungen fördern, und fordert, dass die strengen Vorgaben, denen sich die Bauern mit ihren Tieren bezüglich der Kennzeichnung und Nachvollziehbarkeit unterwerfen, in Zukunft auch für die Fleischindustrie gelten. „Dieses System ist für die Bauern mit hohem Aufwand verbunden, aber eben seit über zehn Jahren Standard. Warum gelten die gleichen Standards von aktueller und transparenter Dokumentation jeder Warenbewegung mit eindeutigen Mengenbilanzen noch immer nicht für die Fleischindustrie?“, fragt der AbL-Vorsitzende. „Wir fordern die Bundesregierung auf, sich nicht länger dem Druck der Fleisch- und Ernährungsindustrie zu beugen, sondern die Instrumente durchzusetzen, die für eine offene Transparenz über die aktuellen Warenströme erforderlich sind. Das muss jetzt kommen, damit unser Aufwand auf den Höfen nicht für die Katz ist“, so Voß

Unbeteiligt

Als Betroffene stellen sich viele der betroffenen Handelsketten und Discounter dar. So berichtet ALDI SÜD auf seiner Homepage, dass man sofort nach Bekanntwerden eigene Untersuchungen eingeleitet habe. In Ravioli, Gulasch und einer Pastaspezialität seien Anteile von Pferdefleisch gefunden worden. Das weitere Vorgehen schildert ALDI SÜD folgendermaßen: „Die Lieferanten wurden über diesen Nachweis informiert. Aus Gründen des Verbraucherschutzes und um die Kunden von ALDI SÜD vor Irreführung zu schützen, haben uns die Lieferanten gebeten, die oben genannten Artikel vorsorglich aus dem Verkauf zu nehmen.“ Der Discounter bleibt passiv. Dass Aldi derjenige ist, der seinen Kunden zumindest falsch deklarierte Ware verkauft und dafür verantwortlich ist, wird nicht erwähnt. Dass Discounter und Handelsketten eine Mitschuld haben, legt der Blick auf die Liste mit den betroffenen Produkten nahe. Es sind vor allem die in diesem Fall billigen Eigenmarken der Handelsketten, die betroffen sind. Die Preisspirale nach unten fordert den Betrug geradezu heraus, könnte man meinen. Voß fordert deshalb regionale Bezüge, faire Preise und transparente Wege: „Die Regionalität braucht Vorfahrt!“ *mn*



Wer darf nicht in die Lasagne?

Foto: A.S./pixelio:

Es wird spannend, Mitte März stimmen erstmals in der Geschichte der Europäischen Union die Abgeordneten des EU-Parlamentes über die gemeinsame Agrarpolitik ab. Werden sie die Weichen stellen für eine Agrarreform, die bäuerliche Betriebe stärkt, Landwirtschaft zukunftsfähig, nachhaltig, gerecht und ökologisch gestaltet? Viele Menschen, Bauern und Bäuerinnen gemeinsam mit breiten gesellschaftlichen Bündnisse haben besonders in den letzten Wochen mit bunten, ungewöhnlichen, kreativen Aktionen dafür gekämpft, dass die Zukunft der europäischen Agrarpolitik eine bäuerliche ist - nun ist es an den Parlamentariern diesem Wunsch der Gesellschaft durch ihre Entscheidungen nachzukommen



Bauern helfen, statt Agrarindustrie mästen!

Bürger fordern Agrarwende beim Treffen der Landwirtschaftsminister in Berlin

Mit zu echten Agrarreformen“ riefen 60 Bürgerinnen und Bürger zur Begrüßung der Agrarminister von Bund und Ländern anlässlich ihres Treffens zur EU-Agrarreform 2013 am 20. Februar 2013 in Berlin. Mit Schildern, Sprechchören und Treckern empfingen sie die Minister vor dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und forderten, die Pläne der EU-Kommission hin zu einer ökologischeren und gerechteren EU-Agrarpolitik zu unterstützen. In einer bunten Choreographie stellten die, als Erbsen, Möhren, Tomaten, Mais und Apfel verkleideten, Aktivisten die Vielfalt der Ackerfrüchte dar, in der sich auch Biene und Feldhase wohlfühlen. Von den Landwirtschaftsministern erwarteten die Demonstranten, sich für ein wirksames und verbindliches Greening und eine starke 2. Säule einzusetzen, sowie Bauern und Verbraucher gegenüber der Agrarindustrie zu stärken. Direktzahlungen

sollten künftig an die Einhaltung ökologischer Mindestauflagen gebunden werden. Zum Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern kamen Ministerin Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen, Rheinland-Pfalz), Minister Till Backhaus (SPD, Mecklenburg-Vorpommern), Ministerialdirektor Wolfgang Reimers (Bündnis 90/Die Grünen, Baden-Württemberg) sowie Staatssekretär Udo Paschedag (Bündnis 90/Die Grünen, Niedersachsen) und versprochen, sich dafür einzusetzen, dass die Vorschläge der EU-Kommission zur EU-Agrarreform nicht weiter verwässert würden.

„Wir wollen nicht die skandalträchtige Agrarindustrie mit unseren Steuergeldern mästen, sondern regionale, bäuerliche Landwirtschaft fördern“, so Jochen Fritz von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. „Wir brauchen echten Fruchtwechsel statt Maiswüsten, ökologische Vorrangflächen ohne Pestizide und Dünger, und keinen weite-

ren Grünlandumbruch. Davon sollten die Länderminister Frau Aigner heute überzeugen.“

Ulrich Jasper von der AbL erklärte: „In den nächsten Wochen entscheiden das EU-Parlament und der EU-Agrarministerrat gemeinsam, ob Europas Agrarpolitik ökologischer und gerechter wird. Unsere VolksvertreterInnen brauchen noch erheblichen öffentlichen Druck, damit sie Agrarpolitik für die

Mehrheit der VerbraucherInnen und Bauern machen, anstatt die Interessen einiger Groß-Profiteure zu bedienen.“ Gemeinsam aufgerufen zu der Aktion hatten das Bündnis „Meine Landwirtschaft“, das Kampagnennetzwerk Campact, die AbL und die Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland.

Iris Kiefer,
Meine Landwirtschaft

Ein Thema für alle!

Abgeordnete im persönlichen Gespräch. Go M.A.D zieht weite Kreise

Wenn die EU-Parlamentarier jetzt im März darüber abstimmen, wohin es geht in der EU-Agrarpolitik, können sie nicht mehr sagen, sie wären nicht gut informiert worden. In einer einmaligen Aktion haben Menschen im Rahmen des breiten gesellschaftlichen Bündnisses arc 2020 aus Bauern-, Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungsorganisation quer durch ganz Europa Kontakt zu „ihren“ EU-Abgeordneten vor Ort aufgenommen. Go M.A.D. - Go meet a deputy - trifft keinen Abgeordneten lautete die Aufforderung. Dann wurde diskutiert, gemailt, getwittert, gepostet und immer ging es um die Gestaltung der EU-Agrarreform. Die Frage danach, ob es eine bäuerliche, ökologische, nachhaltig zum Wohl für Mensch, Tier und Umwelt ausgerichtete Reform werden soll oder nicht und wie das dann konkret aussehen soll, konnten manche klar beantworten, andere mussten zugeben, dass sie Informationsbedarf haben. Auch die Reaktion: „Ich stelle

mich nicht in den Dienst Ihrer Kampagne!“, gab es. In Deutschland koordinierte „meine Landwirtschaft“ die Aktion. Die Erfahrungen waren sehr unterschiedlich, generell bleibt aber schon der Eindruck, die meisten Abgeordneten für das Thema sensibilisiert zu haben. Wenn auch der Reflex, auf den jeweiligen Agrarexperten der Fraktion zu verweisen, häufig am Anfang des Gesprächs steht. Dabei war es der Kampagne wichtig, deutlich zu machen, dass das Thema, wie zukünftig unsere Lebensmittel erzeugt werden und wie unsere Kulturlandschaft aussieht, ein Thema für jedermann und jederfrau ist. Am Ende werden es mehr als 30 Gespräche sein, die geführt wurden, noch weit mehr Abgeordnete gaben eine schriftliche Stellungnahme ab. Am Ende werden sie sich in Brüssel entscheiden müssen und hoffentlich die Weichen stellen für eine Agrarpolitik im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft. cs



Keine Steuergelder für Agrarindustrie! Wenig begeistert nimmt Landwirtschaftsministerin Aigner (Mitte) die Unterschriften der Bürger entgegen. Fotos: Gehrmann

Was tun, wenn die Milch überläuft?

Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL, im Gespräch zu Milchpolitik und Mengenregulierungen

Unabhängige Bauernstimme: In einer neuen Studie wurden für Herbst 2012 Milcherzeugungskosten von 43 bis 51 Cent pro Liter Milch je nach Region ermittelt (die Bauernstimme 02-2013 berichtete). Demgegenüber stand für den gleichen Zeitraum ein durchschnittlicher Milchauszahlungspreis der Molkereien von 32 Cent. Wie überleben das die Betriebe überhaupt?

Bernd Voß: Schlussendlich, indem sie für einen viel geringeren Stundenlohn arbeiten, als er in der Studie angesetzt ist. In Familienbetrieben arbeiten meist alle verfügbaren Personen verschiedener Generationen mit. Und teilweise spielen eben auch kostengünstige Arbeitskräfte aus z.B. Osteuropa eine Rolle. Außerdem ist vieles schon abgeschrieben, und es wird nicht re-investiert, sondern von der Substanz gelebt. Das wird in den kommenden Jahren als Problem für die Betriebe erheblich deutlicher werden, wenn z.B. Anpassungen der Düngemittelverordnung in der Umsetzung Investitionen nötig machen – Stichworte Gülle, Jauche, Sickersaft. Es braucht eben auskömmliche Preise, um Standards erfüllen zu können.

Diese Forderung steht ja schon lange im Raum, aber wie kann sie erreicht werden? Geht es da voran?

Durchaus – da ist Bewegung drin: Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat kürzlich eine neue Marktregel in die Vorschläge der EU-Agrarreform aufgenommen. Bei schweren Ungleichgewichten auf dem Milchmarkt will man eine Prämie an Betriebe auszahlen, die mindestens drei Monate lang mindestens fünf Prozent weniger Milch als im entsprechenden Vorjahreszeitraum abliefern. Als zweiter Teil dieser Maßnahme sollen Betriebe, die im gleichen Zeitraum ihre Produktion um über fünf Prozent ausgedehnt haben, eine Abgabe zahlen. Das ist grundsätzlich ein kluges und flexibles Instrument zur Anpassung des Milchangebots an die jeweilige Nachfrage des Marktes. Anders als für die Milchindustrie macht es für die Bauern keinen Sinn, Milch-Überschüsse zu erzeugen, weil die immer zu einem Verfall der Erzeugerpreise führen.

Wann würde dieser belobnte Lieferverzicht denn zum Einsatz kommen?

Die genaue Ausgestaltung soll der EU

Kommission überlassen sein. Sie soll dabei jedoch die Entwicklung der Produktionskosten, insbesondere der Betriebsmittelkosten, mit einbeziehen. Hier ist die Debatte eröffnet, wie früh die Maßnahme greifen und welches Preisniveau sie sichern soll.

Ein ganz anderes Instrument, das nach wie vor enthalten ist und immer erst bei einem absoluten Harakiri-Preis von um die 20 Cent pro Liter Milch greift, ist die Intervention. Das ist eine Maßnahme, die letztlich nur der Milchindustrie und überhaupt nicht nachhaltig den Bäuerinnen und Bauern dient. Der Vorstoß der Parlamentarier zeigt aber, dass die Debatte um Instrumente für eine Anpassung der Milchmenge an den Markt bei Weitem nicht zu Ende ist. Da sehe ich eine gute Chance, dass europaweite Beschlüsse in diesem Sinne zustande kommen. Denn so wie das Milchpaket der EU bisher ausgestaltet ist, reicht es nicht aus für die Milchbauern.

Welche weiteren Vorschläge und Handlungsmöglichkeiten liegen denn auf dem Tisch?

Eine alte Forderung ist ja die Einrichtung einer öffentlichen Monitoringstelle, die europaweit laufend Kosten und Preise des Sektors verfolgt, damit man auch weiss, was man tut und z.B. mit der gerade beschriebenen Prämie zur Überschuss-Vermeidung rechtzeitig eingreifen kann.

Dann geht es nach wie vor um die Bündelung von Milchmengen. Da müsste sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ein erheblich höherer Bündelungsgrad als derzeit zugebilligt möglich sein. Die andere Seite ist, dass die Bauern dieses Instrument natürlich auch aufgreifen und sich organisieren müssen. Hier sieht der bisherige Agrarreformvorschlag für die Programme der ländlichen Entwicklung (ELER) einen sehr hohen Kofinanzierungsanteil der EU von 80 Prozent für die Unterstützung von Erzeugergemeinschaften und Informationsnetzwerken vor. Ob diese Maßnahme in Deutschland angeboten wird, hängt von den Ländern und ihren Prioritäten und Finanzmitteln ab. Es entspräche den Zielsetzungen der EU, wenn die MilcherzeugerInnen in die Lage versetzt werden, selbstorganisiert die Mengenregulierung in die Hand zu nehmen. Ansonsten werden die Molkereien bis 2015 zum Auslaufen der Milchquote eigene Liefermodelle entwickeln und versuchen, die Mengen in ihrem Sinne zu steuern.

Das hat teilweise schon begonnen, in Österreich schlägt z.B. die „Berglandmilch“ die Beibehaltung der Quoten



Bernd Voß

Foto: Jasper

samt Strafabgaben bei Überlieferung vor. Das ist eine Form der Mengensteuerung.

Ja, aber festgelegt von der Abnehmerseite, die sich bisher nur in Ausnahmefällen als Marktpartner auf Augenhöhe mit den Milcherzeugern hervorgetan hat. Das Interesse bezieht sich dort auf verlässlich verfügbare und möglichst günstige Rohstoffe. Die Lieferanten sollen durch solche Molkereiquoten an die Molkerei gebunden werden. Dagegen kommen die Milcherzeuger nur an, wenn sie sich zu starken unabhängigen Erzeugergemeinschaften zusammenschließen und auskömmliche Milchpreise für die Betriebe durchsetzen.

Wie könnte denn eine für die Betriebe wirksame Regelung aussehen?

Der AbL-Bundesvorstand hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf die verzerrende Preisgestaltung der Molkereien hingewiesen und sie aufgefordert, diese interne Preisstaffelung mit Zuschlägen für große Erzeugungsmengen umzudrehen. Denn diese Praxis wird nicht nur von den kleineren und mittleren Betrieben direkt bezahlt, sondern wirkt zudem als Anreiz für stark wachsende Betriebe und führt damit zu einem Überangebot an Milch. Dieses kann in der Folge nicht kostendeckend abgesetzt werden und führt zu Tiefpreisen in der Auszahlung für alle Milchviehbetriebe. Stattdessen sollte eine stabile, hohe Grundmengenvergütung erwogen werden – beispielsweise für die ersten 50.000 bis 100.000 Liter Milch mindestens 40 Cent. Das richtet sich nicht an die Politik, sondern an die Molkereiunternehmen. Die sind an dieser Stelle auch in die Pflicht zu nehmen, wo sie ansonsten viel davon reden, wie wichtig der Erhalt der Betriebe in der Fläche sei, und sich im Marketing mit Bildern von bäuerlichen Höfen schmücken.

Vielen Dank für das Gespräch cw



Faire Preise für einzigartige Leistung!

Foto: Fritz

Reformansatz bestätigt - Parlament und Minister gefordert

Einigung der Regierungschefs zum EU-Haushalt 2014-2020 enthält auch klare Aussagen zur EU-Agrarreform

Auf ihrem Sonder-Gipfel am 7./8. Februar in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten nicht nur auf Obergrenzen für den Haushalt der EU für die nächsten sieben Jahre geeinigt (siehe unten). Sie haben sich auch auf bestimmte Aussagen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verständigt. Vor allem wurde der Ansatz der EU-Kommission zum „Greening“ bestätigt, also zu der verbindlichen Bindung der Direktzahlungen an ökologische Mindestkriterien.



Ein Ministerium für Bauern? Foto: Gehrmann

Im Beschluss steht das so: „Die Gesamtumweltleistungen der GAP werden durch eine Ökologisierung der Direktzahlungen erhöht, die – unter Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwands – durch bestimmte, dem Klima- und Umweltschutz förderliche und für alle Betriebsinhaber verbindliche Landbewirtschaftungsmethoden erreicht wird“, so der Rat. Das heißt, die Kriterien sollen für alle Betriebsinhaber verbindlich sein. Die EU-Kommission sieht das als Bestätigung ihres Ansatzes, dass Betriebe, die mehrere Jahre hintereinander die Kriterien nicht einhalten, nicht nur sofort die 30 Prozent der unmittelbar an die Kriterien gebundenen Direktzahlungen verlieren, sondern weitere Kürzungen hinnehmen müssten. Genau das aber will der Agrarausschuss des EU-Parlamentes verhindern, indem er die Umweltkriterien ausschließlich auf maximal 30 Prozent der Direktzahlungen bezieht und die Basisprämien davon freihalten will. Greening nicht beliebig
Der Gipfel-Beschluss verwirft auch ein weiteres Ansinnen des Agrarausschusses, wonach ein Betrieb schon als voll-

ständig vom Greening befreit werden sollte, wenn er an irgendeiner so genannten „Agrarumweltmaßnahme“ der 2. Säule teilnimmt, z.B. an einer pfluglosen Mulchsaat (mit häufig erhöhtem Herbizid-Einsatz). Die Regierungschefs schreiben, dass die Mitgliedstaaten „bei der Wahl gleichwertiger Ökologierungsmaßnahmen über eine klar definierte Flexibilität verfügen“ sollen. Die Maßnahmen müssen also „gleichwertig“ sein – wie es die EU-Kommission in ihrem Konzept-Papier vom Mai 2012 bereits vorgesehen hat. Und die Mitgliedstaaten können nicht irgendwelche langen Menüs an Maßnahmen erfinden, sondern müssen sich eben an einen „klar definierten“ Rahmen für diese Flexibilität halten. Diesen Rahmen müssen nun Parlament, Agrarministerrat und Kommission aushandeln.

Kappung freiwillig

Weitgehend durchgesetzt hat sich die Bundesregierung im EU-Rat mit ihrer Ablehnung des Kommissions-Vorschlags, eine EU-weit verbindliche Abstaffelung und Kappung sehr großer Direktzahlungsbeträge je Betrieb einzuführen. Im Beschluss heißt es: „Die Deckelung der Direktzahlungen für große Begünstigte wird von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis eingeführt“. Die Diskussion wird nun also auf nationaler Ebene weitergehen, besonders auch in Deutschland. Die Agrarminister der ostdeutschen Bundesländer haben schon wieder ihre kategorische Ablehnung öffentlich kundgetan. Umso wichtiger wird ein von der AbL positiv aufgenommener Vorschlag, der im Agrarausschuss des EU-Parlamentes eine Mehrheit gefunden hat: Die Mitgliedstaaten sollen für bis zu 50 Hektar je Betrieb einen Aufschlag vorsehen können, für den sie bis zu 30 Prozent „ihrer“ Direktzahlungssumme einsetzen können. In Deutschland könnten somit die Zahlungen für die ersten 50 Hektar um rund 30 Prozent angehoben werden, möglicherweise sogar mit besonderer Berücksichtigung einer bäuerlichen Tierhaltung. Die Debatte geht weiter.

Gelder für 2014 - 2020

Nun zu den nackten Zahlen: Der Agrarhaushalt der EU für die Jahre 2014 bis 2020 ist – abgesehen von der 2. Säule (Ländliche Entwicklung) – insgesamt von starken Kürzungen verschont geblieben. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich am 7./8. Februar darauf, in diesem siebenjähri-

gen „Mehrjährigen Finanzrahmen“ (MFR) Ausgaben von zusammen gut 373 Milliarden Euro für die Rubrik Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung zu ermöglichen (berechnet auf Grundlage der Preise von 2011, also ohne den vorgesehenen jährlichen Inflationsausgleich; die tatsächlichen Zahlungs-Obergrenzen „in jeweiligen Preisen“ liegen bei 420 Mrd. Euro). Gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission ist das eine Kürzung von weniger als drei Prozent.

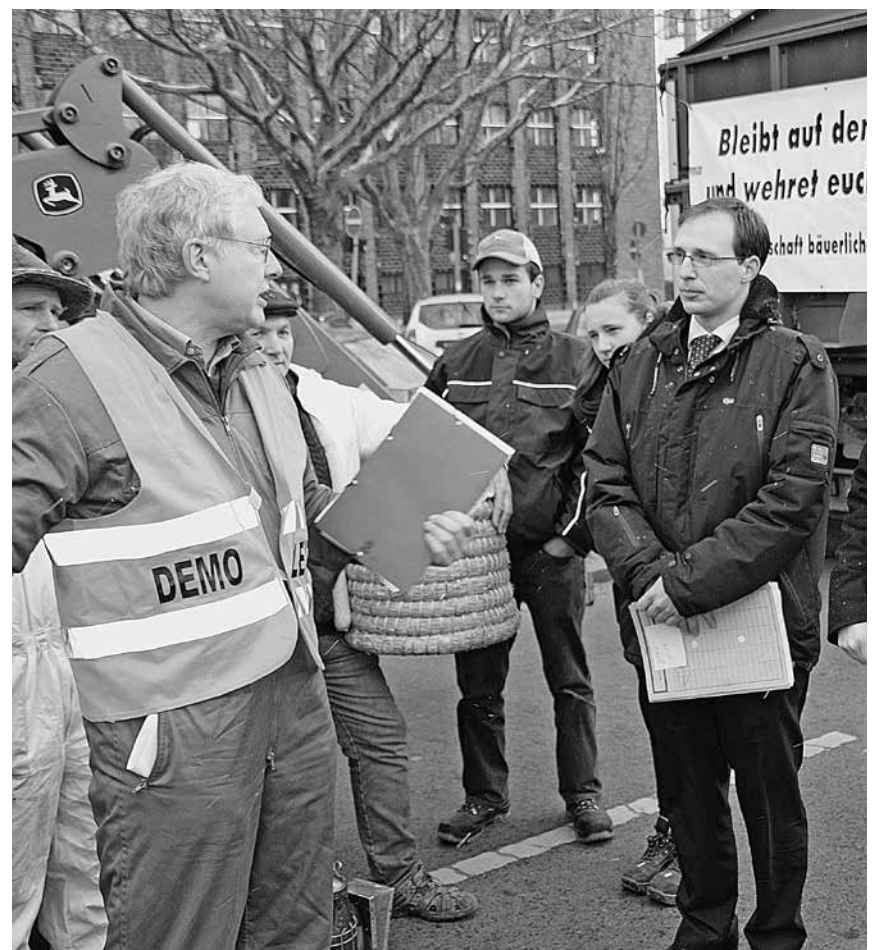
Damit hat die Agrarpolitik in den nächsten Jahren am gesamten EU-Haushaltsrahmen einen Anteil von rund 39 Prozent (heute rund 41 Prozent). Davon wiederum sind 74 Prozent für Direktzahlungen und Marktausgaben vorgesehen (278 Mrd. Euro zu Preisen von 2011), während die zweite Säule (Ländliche Entwicklung) mit 85 Mrd. auf 23 Prozent absackt. Aus dieser 2. Säule werden u.a. die Agrarumweltmaßnahmen, Ökopremien und Investitionsförderungen bezahlt.

Kürzungen in 2. Säule

Die Kürzungen in der 2. Säule fallen dabei in Deutschland besonders groß aus. Das liegt daran, dass stolze 16 Mitgliedstaaten jeweils für sich Sonder-Zuschläge aus dem Topf der 2. Säule

herausgehandelt haben, u.a. Italien (1,5 Mrd. Euro) Frankreich und Irland (je 1 Mrd.), Österreich (700 Mio.), Spanien und Portugal (je 500 Mio.). Die Bundeskanzlerin Merkel und Bundesministerin Aigner wollten keinen Zuschlag für Deutschland. Zusammen machen die Zuschläge für die anderen 5,5 Mrd. Euro aus und verringern damit den Topf für alle um 6,5 Prozent. So belaufen sich die Kürzungen zulasten der deutschen Länder-Programme für den Ländlichen Raum zusammen auf rund 15 Prozent; einige Bundesländer rechnen sogar mit über 20 Prozent Minus.

Zum Ausgleich hat der EU-Sondergipfel beschlossen, dass die Mitgliedstaaten jeweils für sich entscheiden können, „ihren“ Topf für Direktzahlungen um bis zu 15 Prozent zu kürzen, um mit diesen EU-Geldern die 2. Säule aufzustocken. Mehrere Länder-Agrarministerinnen und Minister sowie die Verbände des ökologischen Landbaus haben Bundesministerin Ilse Aigner bereits aufgefordert, diese neue „nationale Modulation“ vorzunehmen. Aigner will darüber aber nicht vor der Bundestagswahl entscheiden. Die vollen 15 Prozent der Direktzahlungen umzuschichten brächte für die 2. Säule eine Aufstockung von über 60 Prozent gegenüber der heutigen Finanzausstattung. *uj*



„Wir haben es satt“ übergibt Forderungen an das Landwirtschaftsministerium Foto: Nürnberger

„Nicht die Fehler der Konventionellen machen“

Vertreter des Ökogeflügelbereiches debattieren über Schwierigkeiten

Nach zahlreichen kritischen Medienberichten über die Zustände in großen Bio-Legehennen-Betrieben lud der Verbund Ökologische Praxisforschung (Naturland, Bioland, demeter, FiBL, SÖL) zu einem „Krisen-Treffen“ am Rand der Berliner Grünen Woche ein. Die Nutztier-Ethologin Christiane Keppler nannte folgende Missstände in etlichen Bio-Ställen: unzureichende „Wintergärten“, schlechter Gefiederzustand, Schäden an Brustbein und Fussballen, Verletzungen, Infektionen, Befall mit Milben und Spulwürmern. Sie machte die Bedeutung eines natürlich gewachsenen Bodens deutlich. Bei einer reizarmen Umgebung blieben den Tieren nur andere Tiere zum Picken. Dies sei nicht aggressiv motiviert, sondern durch eine Verhaltensstörung beim Futter- und Suchverhalten. Eine Rolle spielten auch die Futterstruktur (Mineralstoffe, Aminosäuren Methionin und Cystein), Rasse und Herkunft, Haltung und Management in Aufzucht- und Legeperiode und auch

in der Umstellungsphase dazwischen. Georg Eckert von der Bio-Kontrollstelle ABCert bemängelte fehlende Aussagen der EU-Öko-Verordnung zur Regelkontrolle. Schwer zu kontrollieren sei, wenn neben regulär bestellten 2.000 Hennen noch zusätzliche 500 „schwarz nachbestellte“ Tiere eingestallt würden. Die Kontrollen durch „ausgewählte Kontrolleure für Großbetriebe“ umfassten aber auch den Warenfluss (zum Bestand passende Zahl verkaufter Eier) und Auslauf. Bisher sei dabei der Tierzustand vernachlässigt worden, weil schwer quantifizierbar und konfliktträchtig gegenüber den Haltern als Auftraggebern der Kontrollstellen.

Konsequenz gefordert

Laut Axel Wirth (FiBL) leben in Deutschland 64 % der Hennen in Bodenhaltung, 14 % im Freiland und 7% im rasch wachsenden Segment der Ökohaltung. Die Vermarktung der hiesigen Bio-Eier erfolge knapp zur Hälfte von Discountern, zu einem knappen Drittel von Vollsortimentern, zu einem geringen Teil vom Naturkost-Fachhandeln und zu knapp einem Fünftel in Kleinvermarktung. Auf der Seite der Erzeugung gibt es 24 Betriebe mit 30 - 50.000

Hennen, 91 Betriebe mit 10 - 30.000 und 75 Betriebe mit 3 - 10.000 Tieren. Naturland-Bauer Josef Bauer vermarktet die Eier aus seinen zwei 2.700er-Herden direkt. Er konstatiert mit Sorge, dass die Herdengrößen – auch wegen der Futterkosten-Degression – steigen und die Richtlinien immer weiter ausgereizt würden. Sein Fazit: Man dürfe nicht die gleichen Fehler wie im konventionellen Sektor machen. Auch Reinhild Benning (BUND) warnte vor einer industriellen Landwirtschaft auch im Ökosektor. In diesem Zusammenhang kritisierte sie auch die Fernsehauftritte des Bauernverbands Ökobeauftragten von Bassewitz, der kaum Problembewusstsein zeigt. Sie forderte grundlegende Änderungen, eine andere Genetik, bessere Kontrollen, eine frühere Abstimmung hinsichtlich der Probleme, eine futterflächengebundene Haltung. Man müsse den Lebensmittel Einzelhandel stärker fordern und dürfe keine Integrationen mit Vertrags- oder Lohnmast mehr zulassen. Steffen Dreesmann, Öko-Referent des niedersächsischen Agrarministeriums, thematisierte sehr deutlich seine Unzufriedenheit damit, dass die Bio-Branche nicht selber auf die Beseitigung offensichtlicher Missstände dränge. Um wirklich vom Tier her zu denken, brauche man keine Öko-Verordnung – dann ergäben sich z.B. Größe und Gestaltung des Auslaufs von selbst. Er forderte mehr unangekündigte Kontrollen. Dies gelte auch für den Lebensmittelhandel und seine Importe.

In der Podiumsdiskussion gestand Naturland-Geschäftsführer Steffen Reese ein, man habe nach den früheren Erfahrungen mit dem Bio-Eier-Konzern Tiemann nicht mit solchen Fernsehbildern, wie die jüngsten der Tierschutzorganisation PETA, gerechnet und werde nach einer „Tierwohl-Checkliste“ stärker kontrollieren. Da man aber eine Umstellung der Landwirtschaft auf 100 % Öko anstrebe, gehe das nicht nur mit bäuerlichen Betrieben. Laut Bioland-Präsident Jan Plagge sind solche Bilder, wie die von PETA gefilmten, in den kleiner strukturierten Bioland-Ställen nicht möglich. Man werde Bestandsobergrenzen jetzt auch bei Legehennen und Schweinen verabschieden. Die meisten Bioland-Legehennenbetriebe hätten 6.000 Plätze, nur einer 15.000. Gemeinsam mit anderen Bioverbänden arbeite man an einem Tierwohlkonzept und mehr Transparenz. Elke Röder (BNN) forderte im Namen des Naturkost-Fachhandels von Naturland und Biopark eine konsequente Aufarbeitung der Missstände und eine neue Größenanalyse. Peter Schaumburger vom IMO-Kontrollverband, der von PETA in Zusammenhng mit der Tiemann-Affäre heftig kritisiert wird, und Naturland Geschäftsführer Reese berichteten über aktuelle Nachkontrollen bei Tiemann ohne Feststellung gravierender Missstände. Auf Nachfrage wurde eingeräumt, dass zu jenem Nachkontrollzeitpunkt die von PETA gefilmten Tiere bereits ausgestallt waren. *en*



Foto: birgith/pixelio

Schluss mit dem Eiern!

Überbelegungskandal erfordert Konsequenzen

Überdurchschnittliche Wachstumsraten“ und eine Verdopplung des Hühnerbestandes innerhalb der letzten fünf Jahre auf 3,44 Mio. Hennen bescheinigt das statistische Bundesamt der Ökoeierbranche just in dem Moment, als offenbar wird, wie viel kriminelles Potential in so einem Wachstumsmarkt steckt. Im aktuellen Eierskandal geht es nicht um ein paar „schwarze Schafe.“ Es geht um ein kriminelles System aus Menschen, die systematisch betrügen, indem sie generell mehr Legehennen in ihre Ställe – egal ob in Öko- oder Freilandhaltung – eininstallen, als sie rechtlich dürfen. Das tun sie – so kann man mutmaßen – wahrscheinlich schon seit Jahren, eine ganze Branche tut das, schon Hühnerbaron Anton Pohlmann durfte keine Hühner mehr halten, weil er Batteriekäfige überbelegte. Sie tun es, weil

es der Gewinnmaximierung dient, in einem Markt mit „überdurchschnittlichen Wachstumsraten“ einmal mehr als woanders. Deutlich wird, dass sich Vorgaben für eine artgerechte Haltung nicht in mehr Quadratmetern pro Tier erschöpfen dürfen. Das über Jahre gewachsene agrarindustrielle Geflecht, dass die Eierzeugung weitestgehend aus bäuerlicher Hand genommen hat, begünstigt in seiner Größe, Unübersichtlichkeit und seiner Arbeitsteiligkeit betrügerische Machenschaften. Das müssen nun auch die Vertreter des ökologischen Landbaus schmerzlich erfahren.

Ahnung

Bei der, auf dieser Seite beschriebenen, VÖP-Veranstaltung bezeichnete es Abl-Vertreter Eckehard Niemann – als ahne er, was wenig später auffliegt – als nicht

hinnehmbar, dass „der Biolandbau, als bäuerlichste Betriebsform, mit seinem Beharren auf Unabhängigkeit, Vielseitigkeit, Betriebskreisläufe und flächengebundene, artgerechte Tierhaltung, nun von Agrarindustriellen wie Wiesenhof-Tiemanndeutsche Frühstücksei, Fürstenhof, Hennenberg oder Hofreiter dominiert, verdrängt und geprägt werde.“ Er forderte von den Bioverbänden „anstelle eines Wegduckens eine klare Profilierung und eine Abgrenzung gegenüber Agrarindustrie-Bio.“ Hierzu gehöre eine Kampagne für die Angleichung der zu laschen EU-Bio-Vorschriften an den Bioverbände-Standard - ohne Betriebsteilungen und erweiterte Ausnahmen bei Futter- und Dünger-Zukauf, Tierbesatz, Herdenzahl pro Betrieb und Haltungsvorschriften Zukauf. In die Verbandsrichtlinien gehörten u. a. betriebliche

Obergrenzen und strukturelle Weiterentwicklungen, so Niemann.

Ändern

Bei allen wesentlichen betrügerischen Lebensmittelskandalen der Vergangenheit, in denen der Ökolandbau eine Rolle spielte, ging es um Geflügelhaltung in großen Strukturen. Ställe mit 5 mal 3.000 Tieren sind Szenarien, in denen Kontrolleure mit Blick aufs Einzeltier durchgängig unakzeptable Zustände vorfinden, 25 % Verluste - jeden Tag zwei tote Hühner - aber vom Betreiber als akzeptabel gelten. Die Skandale sind der Preis für den Wunsch nach Wachstum im Ökolandbau, ohne genau hinschauen zu wollen, ob es ein bäuerliches, nachhaltiges, umwelt- und tierschonendes Wachstum ist, oder eins nach den Spielregeln der Agrarindustrie. *cs*

Gut, dass Du da warst!

Urgestein Adi Lambke hinterlässt Spuren

Am Rande des Gottesackers stehen die Trecker, sie sind mit ihren Fahrern und Fahrerinnen von der bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow Dannenberg das letzte Geleit für einen der herausragenden Menschen des bäuerlichen Widerstandes. Adi Lambke, „der Mann auf dem Trecker“, wie die *tageszeitung* titelte, ist mit 82 Jahren gestorben. Wie kein anderer hat er dem bäuerlichen Widerstand gegen Atomkraft ein Gesicht gegeben, als die Bilder von ihm - mit blutender Kopfverletzung, in der Kabine seines Fendt, von nicht zimperlichen Polizisten daran gehindert, den Trecker zwischen Sitzblockierer und Wasserwerfer zu manövrieren - Anfang der 90er Jahre durch die Medien ging. Zwei Dinge machten diese Bilder deutlich: zum einen, dass der Staat bereit ist, hier zu radikalen Mitteln zu greifen, um seine Interessen durchzusetzen und zweitens, dass hier keine Berufsdemonstranten und Chaoten Widerstand leisten, sondern der Bauer von nebenan. Adi hat das Saatbett mit bereitet, in dem Jahre später die gesellschaftliche Stimmung für einen Atomausstieg keimen konnte.

Pioniere

Auch in der Auseinandersetzung um die Nachbaugebühren hat er das Feld beackert, hat mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit immer wieder auf den Verlust eines bäuerlichen Grundrechts hingewiesen, den man nicht hinnehmen könne. In der Bau-

ernststimme stand mal: „Am Anfang erntete er viel Kopfschütteln und Augenrollen, auch sich agrarpolitisch für versiert haltende Menschen sahen kaum Handlungsmöglichkeiten, da die Verordnungen und Gesetze dazu lange beschlossen waren und der Bauernverband stillschweigend mitgemacht hatte. Adis Argumentationsketten sind oft abenteuerlich, seine Manuskripte nicht für jeden verständlich. Er bringt nicht auf den Punkt, er bringt auf den Tisch.“ Der Text hat ihn damals - zumindest kurz - ziemlich geärgert, man hätte zum Erfolg vor dem EUGH auch eine andere Würdigung der treibenden Kraft erwarten können, aber er hat uns verziehen.

Keine ruhige Wetterlage

Denn der Mensch Adi Lambke war ein warm- und offener, der mit seiner Frau Elli der Bauernstimme Hof und Scheune öffnete für eine wunderbare Jubiläumsfeier zum 30. Zeitungsgeburtstag. Schließlich waren die, sich gegenseitig tragenden, beiden Lambkes nicht nur gegen irgendwas, sondern als Neulandzuchtbetriebe Pioniere für eine artgerechte Schweinehaltung, schon als das Thema noch nicht so gesellschaftlich en vogue war. Wahrscheinlich hätte Adi es gut gefunden, dass bei seinem Beerdigungskaffee in der Jamelner Dorfkneipe, der Saal, passend für die dort zur Zeit stattfindenden Karnevalsfeiern, mit bunten Luftballons und Glitter-

girlanden geschmückt war, wahrscheinlich hätte er auch die Wetterkapriolen – Gewitter, Schneeschauer und dann fegt der Wind die Wolken weg und die Sonne lugt hervor – gut gefunden. Adi hatte Humor und er war keine ruhige Wetterlage. Ganz sicher in seinem Sinne waren, zwischen den vielen Menschen auf dem Friedhof, die Trecker, mit seinen eigenen hat er gern Symbolik betrieben und auch gern blockiert. Zum Schluss hat er sich nicht mehr quer gestellt und konnte in Ruhe gehen. Wenn er sich früher von einem verabschiedete rief er: „Bleib so, wie ich hätte werden sollen“, antworten kann man nun nur noch: „Adi, gut dass Du warst wie Du warst.“

Georg Janßen und cs



Adi und Elli Lambke beim 30jährigen Bauernstimmjubiläum in Jameln. Foto: Dott

Patentschutz vor Gericht

Monsanto und ein Bauer treffen sich vor dem US-Supreme Court

Ich war darauf vorbereitet, dass sie mich überrollen würden, aber ich bin nicht von der Straße gegangen“, so zitiert die New York Times Vernon Hugh Bowman. Mit „sie“ meint der 75 Jahre alte US-amerikanische Farmer aus Indiana den Weltkonzern Monsanto, der ihn auf eine Patentrechtsverletzung verklagt hat. Monsanto verkauft sein gentechnisch verändertes Mais- und Sojasaatgut in den USA mit Verträgen an die Bauern und Bäuerinnen, die es ihnen aufgrund des Patentschutzes verbieten, ihr Erntegut erneut als Saatgut einzusetzen. Auch Bowman baut auf seinen Äckern Round up Ready Sojabohnen an, unterschreibt Monsanto jedes Jahr den Vertrag, und hält sich auch daran, keinen Nachbau zu betreiben. Auf Ackerflächen allerdings, auf denen Sojabohnen noch nach der Getreideernte wachsen sollen und damit in den Herbst hinein anfälliger und ertraglich nicht mehr so sicher sind, säte er Sojabohnenmischungen aus, die er bei seinem örtlichen Getreidehändler zu weit günstigeren Preisen kaufen konnte, als das teure Monsanto-Saat-

gut. Diese Mischungen sind Restbestände aus den Anlieferungen der Bauern, die in den USA legal zur Aussaat verkauft werden dürfen. (In der EU verbietet das Saatgutverkehrsgesetz.) Dieses Mischungssaatgut enthält aufgrund der großen Verbreitung der Round up Ready Sorten einen hohen Anteil derselben. Bowman wusste das und setzte das Herbizid ein. Monsanto sieht seinen Patentschutz verletzt. Die erstinstanzlichen Gerichte gaben dem Konzern Recht und verurteilten Bowman zu 84.000 US-Dollar Schadensersatz. Bowman ist nicht der erste, von über 500 Verfahren und einer Summe von 23 Mio. US-Dollar, die Monsanto bereits erstritten hat, berichten Beobachter. Meist enden die Verfahren in außergerichtlichen Einigungen. Bowman will das nicht, so dass der Fall nun vor dem obersten Gericht der USA, dem Supreme Court, liegt.

Weitreichend

Damit gewinnt die Auseinandersetzung eine über die Landwirtschaft hinaus wegwei-

sende Bedeutung. Universitäten, staatliche Stellen, die Lobbyorganisation der Sojaanbauer aber auch Softwareunternehmen haben Stellungnahmen abgegeben – sie alle fordern eine strenge Rechtsprechung zugunsten Monsantos, da – so ihre Argumentation – nur über einen scharfen Patentschutz Forschung und Innovation gewährleistet sei. Nur ein paar leise Stimmen von Nichtregierungsorganisationen beklagen die Allmacht der Konzerne und ihre weitere Stärkung im Falle eines Sieges für Monsanto. Der Supreme Court gilt als unberechenbarer als Bezirksgerichte, in einem ähnlich gelagerten Softwarefall urteilten die Richter, dass mit dem Moment der Abgabe des Produktes nun der Käufer über die weitere Verwendung bestimmen könne. Das dürfe nur gelten bei nicht reproduzierbaren Objekten, argumentiert Monsanto. Bowmans Anwälte hingegen, verweisen auf den Kauf von einem dritten Marktpartner. Monsanto habe das Saatgut bereits einmal verkauft, so dass die Ansprüche des Konzerns abgegolten seien. cs

Bauern in Syrien

Der Konflikt in Syrien hat nach Angaben der FAO auch die Landwirtschaft massiv geschädigt. Die Erträge bei Getreide, Obst und Gemüse seien drastisch gesunken und Bewässerungsanlagen und andere Infrastrukturen vielfach zerstört. Es mangle an hochwertigem Saatgut und Düngemitteln und Treibstoff für Pumpen und Maschinen. Auch die Tierhaltung sei betroffen. Es fehle an Futter, aber auch an Arzneimitteln, deren Einfuhr durch Sanktionen behindert werde. Die Produktion von Geflügel sei stark beeinträchtigt, da große Höfe zerstört wurden. Für 80 Prozent der zehn Millionen Syrer, die in ländlichen Gebieten leben, ist laut FAO die Landwirtschaft die Existenzgrundlage. en



„Die Energiewende ist abgeschafft“

Horst Seide im Interview zu den neuesten Ideen des Bundesumweltministers

Horst Seide ist im niedersächsischen Wendland Abl-Bauer, Biogasanlagenpionier und nun auch Präsident des Fachverbandes Biogas, der bundesweiten Interessenvertretung der Anlagenbetreiber und -bauer. Er betreibt eine 250 KW-Anlage an seinem Hof und eine mit 1,6 MW Leistung im Gewerbegebiet. An die große Anlage ist ein Blockheizkraftwerk angeschlossen, 30 % der Leistung der Anlage geht als Gas in ein Tankstellennetz und damit in den Verkehr

Unabhängige Bauernstimme: Als neu gewählter Präsident des Fachverbandes Biogas übernimmst Du das Ruder in nicht ganz einfachen Zeiten, gerade haben Bundesumweltminister Peter Alt-

Maßnahmen vorgestellt, bei denen es nur um Kostenreduktion geht, Umweltpolitik spielt da jedenfalls keine Rolle. Für Altanlagen, die vor 2009 gebaut wurden, soll der Güllebonus gestrichen werden, einfach aus dem Grund, weil es bei denen eventuell juristisch möglich ist. Für die danach gebauten gibt es keine juristische Handhabe. Als weiteres sollen die Vergütungssätze auch rückwirkend, also für Anlagen, die ab 2000 gebaut wurden, um 1,5 % gesenkt werden. Wenn rückwirkend in die Vergütungsstruktur eingegriffen wird, heißt das: Nichts ist mehr sicher. Die Finanzierungskonzepte sind auf die ursprünglichen Vergütungssätze ausgelegt, so gibt mir doch keine Bank mehr

Monate zum Börsenstrompreis produzieren, bevor sie die EEG-Vergütung bekommen.

Geht es wirklich um Kostenreduktion?

Das System ist verkehrt, mit einem Börsenstrompreis von 3 Cent, der entstanden ist durch den Boom der Erneuerbaren und Verbraucherpreisen von 30 Cent. Für 3 Cent Börsenpreis könnten aber auch konventionelle Kraftwerke nicht produzieren. Aus meiner Sicht hat sich jetzt die Kraftwerkslobby bei Altmaier dafür eingesetzt, dass die Erneuerbaren abgewürgt werden, damit im letzten Moment die konventionellen Kraftwerke nicht platt gemacht werden.

Auch Biogas war in die Kritik geraten, Stichwort Vermaisung...

Es wird immer gesagt: Wir müssen den Zubau von Mais begrenzen, ich behaupte mal, den gibt es gar nicht. Letztes Jahr hatten wir schon eine Stagnation, und dieses Jahr wird weniger angebaut werden. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Getreidepreise endlich mal hoch sind und wir Bauern uns freuen können, dass unsere Arbeit endlich mal bezahlt wird. Aber für Anlagen mit Maiszukauf heißt das, sie können kaum noch konkurrieren. Bei denen, die viel eigenen Mais haben, rentiert es sich noch, bei allen anderen wird es schwierig, und die ersten gehen jetzt schon Pleite. Die Anlagen, wo mehr als eine Hand drauf sind, sind fertig. Unabhängig von der Größe, hören die Kapitalgesellschaften als erste auf, die Bauern sind ja leidensfähig. Wer kein gutes Konzept hat, fällt runter, und wenn

noch mehr Belastungen dazu kommen, das hält die Branche nicht aus.

Als Präsident des Biogas Fachverbandes vertrittst Du nicht nur die Betreiber sondern auch die Anlagenbauer, wie geht es denen gerade?

Die Biogasbranche ist heterogen, momentan haben die reinen Anlagenbauer die größten Probleme. Im Moment wird 80 % weniger neu gebaut als in Boomjahren. Ansonsten wird fertig gebaut, es gibt ein Repowering mit effektiveren Motoren und es geht viel kaputt. Firmen, die das machen, haben weniger Probleme.

Kaum Neubauten, schwierige Zeiten für Altanlagen – ist das das Ende einer auch bäuerlichen Energieversorgung durch Biogas?

Wir wollen die Energiewende ermöglichen, indem wir das machen, was Wind und Sonne nicht können: Energie speichern und umwandeln. Aber um zum Beispiel in Speichertechnik für meine 250 KW-Anlage zu investieren, muss ich 600.000 Euro in die Hand nehmen für Gas/Wärmespeicher und einen Trafo. Das mache ich aber nur, wenn Verlässlichkeit in Bezug auf die Rahmenbedingungen da ist. Wir als Branche müssen noch stärker auf den Qualitätsaspekt setzen, es gibt noch zu viele Anlagen, die kein vernünftiges Wärme-Konzept haben. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, um direkt ins Gasnetz einzuspeisen oder in die Treibstoffproduktion einzusteigen. Das Tolle an Biogas ist: Wir müssen nicht nur Strom machen. Deswegen habe ich auf lange Sicht um Biogas auch keine Angst. cs



Horst Seide ist Biogasbauer aus Überzeugung

Foto: Dott

maier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler ihre neuesten Vorschläge für eine „Strompreisbremse“ veröffentlicht...

Horst Seide: Vor zwei Wochen hätte ich noch gesagt, es werden keine Neuanlagen mehr ermöglicht, heute würde ich sagen, auch die Altanlagen werden platt gemacht. Die Energiewende ist abgeschafft. Altmaier hat verschiedene

Geld! Eine dritte Maßnahme soll die Kürzung der Entschädigungen sein, wenn Biogasanlagen in Überproduktionsphasen abgeriegelt werden. Das betrifft besonders Anlagen in Schleswig-Holstein, da wird viel produziert, was nicht immer alles auch genutzt werden kann. Neuanlagen sollen nach dem Willen Altmaiers nun die ersten fünf

Im Wahlkampfmodus

Gegen die Energiewende auf Stimmenfang

Während Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) bekundet, es „für nicht mehr vertretbar zu halten, dass die Kosten für die Energiewende einseitig bei den Stromkunden liegen“, und er deswegen die Produzenten von erneuerbaren Energien stärker zur Kasse bitten will, wird ihm nicht nur von eindeutigen Kritikern Wahlkampf-taktik unterstellt. Denn vieles von dem, was Altmaier gemeinsam mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der noch weniger erhaben ist über den Verdacht, schon im Wahlkampfmodus zu arbeiten, ausgeheckt hat, ist juristisch mindestens anfechtbar, weil es den Grundsatz des Bestandsschutzes verletzt. Rückwirkend Konditionen für

Altanlagen zu ändern, gilt nicht nur als moralisch verwerflich. Gleichzeitig muss sich die schwarz-gelbe Koalition pünktlich zum Jahrestag des Atomunfalls in Fukushima, am 9. März vor zwei Jahren, von der Opposition Halberzigkeit, der SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber spricht von „Flickschusterei“, wenn nicht gar Scheinheiligkeit, in Sachen konsequenter Umsetzung der Energiewende vorwerfen lassen. Eine Idee zur Entlastung, der in der Tat immens gestiegenen Stromkosten für die Endverbraucher, hätte auch sein können, endlich einmal den Energiekonzernen die wahren Kosten für ihre umweltschädliche Stromproduktion in Rechnung zu stellen. cs

Strafbar Traktor fahren

Staatsanwaltschaft will Gentechnikgegner verunsichern

Andertalhalb Jahre haben die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Sachsen-Anhalt gegen Benjamin Volz gedauert. In dieser Zeit wurde auch sein Telefon abgehört. Im Dezember wurden die Untersuchungen eingestellt.

Was war passiert? Während der Treckersternfahrt im Juni 2011 war eine der Stationen der Schaugarten in Üplingen/Ausleben. Mitten in großen Feldern gelegen, wurden hier, von der Gentechniklobby finanziert, unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Arbeit, gentechnisch veränderte Pflanzen im Freiland kultiviert. Am 07. Juni 2011 hatten sich die Sternfahrer offiziell zu einer Besichtigung des Schaugartens angemeldet. Da die Betreiber von der Friedfertigkeit der sie besuchenden Bauern nicht überzeugt waren, hatten sie die Polizei zur Absicherung des Geländes zu Hilfe gerufen. Es war ein ruhiger Tag. Die ca 30-köpfige Besuchergruppe ließ sich durch die Anlage führen, stellte kritische Fragen. Manche hielten ein Banner gegen Gentechnikpflanzen in die Höhe, viele bestaunten den Sicherheitszaun, der gleich neben dem Schaugarten die Vermehrungsflächen der gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffeln vor unbefugtem Zutritt schützte. Immer kritisch beäugt von einem privaten Sicherheitsdienst, der sich auf seine Beobachtungstürme zurückgezogen hatte. Nach rund zwei Stunden Führung gab es das Signal zum Aufbruch. Schließlich mussten die Schlepper an diesem Tag noch ein ganzes Stück Richtung Magdeburg zum Nachtquartier fahren.

Absurde Verdächtigung

Einer, der nicht mehr weiter mitfahren konnte, war Benjamin Volz. Er musste samt Schlepper und Anhänger zurück nach Witzzenhausen. Ungünstigerweise startete er, noch viele Stunden Fahrt vor sich, alleine vor den anderen. In einem weiten Bogen zieht sich die Straße um das Gelände des Schaugartens und das Gen-Kartoffelvermehrungsfeld. Plötzlich verfiel der Sicherheitsdienst in hektische Aktivitäten. Die Polizei suchte nervös nach Ansprechpartnern. Was machte dieser einzelne Traktor? 150 gewaltige PS. Sie alle waren sich sicher: Hier sollte ein Angriff auf die Gen-Kartoffeln gestartet werden. Die Folgen des frühzeitigen Aufbruchs waren bis in den Dezember 2012 andauernde staatsanwaltliche Ermittlungen. Der Tatvorwurf: Schwerer Raub und Raub. Neben Benjamin Volz ist auch der Gentechnikaktivist Jörg Bergstedt von den Ermittlungen betroffen. Ihm, dessen Engagement vielen bekannt ist, war ein Wachbuch, das bei einer Feldzerstörung wenige Wochen zuvor von Unbekannten entwendet worden war, anonym zugeschickt worden. Nach

eigenen Angaben hat Bergstedt dies umgehend den zuständigen Stellen gemeldet wie er selbst schreibt: „Dieses wurde sofort auch den zuständigen Stellen gemeldet und das Material zur Abholung bereitgehalten“. Offenbar hatte der ermittelnde Staatsanwalt Arnold Murra jedoch, auch nach eigener Wahrnehmung, wenig belastendes Material. In der Konsequenz ließ er das Telefon von Benjamin Volz und Jörg Bergstedt abhören. Mitgeschnitten wurden nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Magdeburg auch seine Gespräche mit dem von Benjamin Volz in diesem Zusammenhang eingeschalteten Anwalt Jens Beismann. Die Telefonüberwachung wurde erst jetzt, nach der Einstellung des Verfahrens, bekannt. Als besonders prekär dürfte mindestens das Abhören der Anwaltsgespräche zu bewerten sein. In einem ersten Schritt wurde deshalb volle Akteneinsicht beantragt, sowie Widerspruch gegen die Maßnahme und die Art und Weise, wie diese durchgeführt wurde, eingelegt. Für Benjamin Volz und Jörg Bergstedt machen die Ermittlungen deutlich, mit welchen Methoden versucht wird, die gentechnikkritische Bewegung abzuheben und zu verunsichern. Die Frage, inwieweit der Boden der Rechtsstaatlichkeit in dem konkreten Fall verlassen wurde, muss noch geklärt werden. Offen bleiben wird vermutlich, ob und von wem die Staatsanwaltschaft Magdeburg zu den Ermittlungen angehalten wurde. *mn*

Kurzes am Rande

Reden und reden lassen

An der Universität Hohenheim wurde über „Sicherheitsforschung im Agrarbereich“ diskutiert. Veranstalter waren verschiedene gentechnikkritische Bündnisse. Hintergrund war die Bewertungspraxis der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA). Angefragt waren eine Vertreterin der EFSA und eine des Bundesamtes für Risikoforschung. Auch der Bauernverband war angefragt, genauso wie ein neues Glyphosat-Informationportal, eine Initiative verschiedener Pflanzenschutzmittel-Unternehmen. Alle haben abgesagt. Weil die EFSA absagte, wollte auch der Hohenheimer Prof. Neumann seinen Vortrag: „Die Wirkung von Glyphosat auf die Bodenaktivitäten“ nicht mehr halten. Nach dem Grußwort der Studenten, die insbesondere die Frage stellten, wie wissenschaftliche Konflikte ablaufen, folgte das Grußwort des Rektors der Universität, Stephan Dabbert. Er berichtete, dass er von Wissenschaftlern aufgefordert worden war, von seinem Grußwort Abstand zu nehmen, weil dies die Veranstaltung aber auch die gentechnikkritische Studie des französischen Forschers Séralini aufwerte. Er sehe die Universität jedoch „als ureigensten Ort der Redefreiheit und der Diskussion“ an. „Beim Thema Grüne Gentechnik scheint eine rein wissenschaftliche Diskussion besonders schwierig zu führen sein, da verschiedene Ebenen der Debatte miteinander vermischt werden“, sagte der Rektor dem Pressedienst der Hochschule. *av*

0,12 % Gentechnik Anbau in Europa

Nach Angaben einer internationalen Organisation der Gentechnik-anwender, erhöhte sich die globale Anbaufläche von Genteckpflanzen 2012 um 6 % auf 170 Mio. ha oder 12 %. Die wichtigsten Anbauländer sind die USA, Brasilien und Argentinien. In der EU wurden 2012 auf 132.000 ha gentechnisch veränderte (gv) Pflanzen angebaut. Das sind 0,12 % der Ackerfläche. Das Hauptanbauland ist mit 90 % des Anbaus Spanien, so die Zahlen, die Friends of the Earth Europe zusammengestellt hat. In Portugal wird auf 9.278 ha gv-Mais angebaut (8 %). In diesen beiden Ländern ist der Anbau im Vergleich leicht gestiegen, in den anderen EU-Ländern ist er gesunken oder findet gar nicht statt. In der EU dürfen aktuell zwei gv-Pflanzen angebaut werden, der Monsanto-Mais MON 810 und die BASF-Stärkekartoffel Amflora. Mittlerweile haben 7 europäische Staaten ein Anbauverbot für MON 810 ausgesprochen, Bulgarien hat durch scharfe Abstandsregelungen den Anbau ausgeschlossen. Der Amflora-Anbau ist in 4 Ländern verboten. BASF hat inzwischen den Amflora-Anbau in Europa aufgegeben. *av*



Vielleicht haben die schwarzen Fahnen und die Sonnenbrillen Angst gemacht. Bei der Abschlusskundgebung der Treckersternfahrt in Berlin hatte jedenfalls keiner Angst vor spontan pflügenden Bauern. Foto: Jasper

Der gute Weg im Schlechten

Mit dem Tierschutzlabel soll den Tieren spontan geholfen werden, ohne das System zu ändern

In Deutschland werden ca. 27 Millionen Schweine gehalten. Die meisten von ihnen in modular aufgebauten, arbeitswirtschaftlich optimierten Ställen. In Boxen, auf Spaltenböden, mit gesteuerter Belüftung und optimierter Fütterung wachsen sie in 20er Gruppen bis zur Schlachtreife.

Wenn Verbraucher mit solchen Stallbildern konfrontiert werden, schrecken sie oft zurück. Es fällt schwer, zu akzeptieren, dass das Schnitzel in der heimischen Pfanne aus dieser unpersönlichen Massenproduktion stammen soll. Es verwundert daher nicht, dass die Bereitschaft von ca. 20 Prozent der Verbrau-

tischen Marktbeobachtern wird diese auch als Tierschutz light bezeichnet. Und genau hieran entzündet sich auch die aktuelle Debatte. Gibt es ein wenig Tierschutz und wenn ja: Wie geht ein bisschen Tierschutz?

Tierschutz light?

Für den Deutschen Tierschutzbund steht fest, dass er die Aufgabe hat, „jedem einzelne Tier um seiner selbst willen zu schützen“. Somit sind auch kleine Verbesserungen im bestehenden System schon ein Erfolg. Eine geringere Besatzdichte, 18 statt 20 Tiere. Ein paar Strohpellets als Beschäftigung. Mit

Stallkonzept gar nicht möglich. Ausläufe, Stroheinstreu, getrennte Bereiche sind in einem, unter den Gesichtspunkten Automation, homogener Klimabedingungen, größtmöglicher Rationalisierung und Gewinnoptimierung, geplanten Stall nicht zu verwirklichen. Selbst der Verzicht auf kupierte Schwänze ist hier langfristig nicht möglich. Die wenigen, dem Tierwohl dienenden, Änderungen am Stallkonzept machen das System instabil. Aufgrund der nicht vorhandenen Reaktionsmöglichkeiten der Tierhalter, muss ein mögliches Schwanzbeißen schon von vornherein durch Kupieren ausgeschlossen werden. Damit fällt auch die Einstiegsstufe des Tierschutzlabels hinter die aktuelle Gesetzeslage zurück. Denn das Kupieren ist nach EU-Gesetzgebung nur in Ausnahmen und nicht vorbeugend erlaubt. Das Dilemma auf Seiten der Produzenten bleibt. Auch wenn für viele der teilnehmenden Betriebsleiter mittlerweile klar ist, dass die Tierschutzanforderungen einfließen würden, wenn sie neu bauen könnten.

Versteht es der Verbraucher?

Es gibt eine ganze Flut von Symbolen, Logos und Qualitätszeichen, und jetzt auch noch zweimal Tierschutz. Vom anfänglichen Plan, dass dort wo die Einstiegsstufe angeboten wird, immer auch Premium verkauft werden muss, ist man abgekommen. Dem Verbraucher fehlt damit der direkte Vergleich. Vielen wird nicht bewusst sein, dass dies ein zweistufiges Label ist. Sie werden Tierschutz light mit gutem Gefühl kaufen. Der Impuls und die Nachfrage nach einem Premiumprodukt, wie beispielsweise Neuland, werden auf diese Weise aber ausbleiben. Der Fleischkonzern Vion hat auch schon eingeräumt, gar nicht an einer langfristigen Optimierung der Haltungsbedingungen zu Lasten noch höherer Preise interessiert zu sein.

Das Engagement, den Tierschutz in die Breite tragen zu wollen, fällt dem Deutschen Tierschutzbund zu. Die geschlossenen Kompromisse sind zum Großteil den Strukturen des bestehenden Produktionssystems geschuldet. Ein System, dass die ganze Warenkette vom Ferkelerzeuger über den Futtermittelproduzenten, das Stallsystem, den Mäster und die Schlachtung, bis hin zur Ladentheke umfasst. Ob es gelingen kann, das System zu ändern, indem man die eigenen Anforderungen relativiert und mithilft den letztendlich aus diesem System stammenden tierschutzoptimierten Produkten einen Markt zu eröffnen, muss aber bezweifelt werden.

mn

Tierschutzlabel bringt Marketingpreis ein

Das Unternehmen Wiesenhof hat seit Oktober 2011 eine neue Marke: „Privathof-Geflügel“. Diese darf seit Januar 2013 das neue Tierschutzlabel mit einem Stern für die Einstiegsstufe führen. Von Werbeexperten des Branchenmagazins „Lebensmittelpraxis“ gab es für das begleitende Marketingkonzept nun eine Auszeichnung in der Kategorie „beste Markenführung“. Neben Anzeigen und Presseterminen wurden Werbeaktionen bei Google und die Zusammenarbeit mit der Fußball-Bundesliga-Mannschaft Werder Bremen als gelungene Verbrauchersprache hervorgehoben. cw



Tierschutzlabel: Einstieg wovon?

Foto: Teawordt/pixelio

cher groß ist, für eine tiergerechte Haltung mehr zu bezahlen. Eine Umsetzung am Markt erfährt diese Nachfrage durch das vom Deutschen Tierschutzbund, Wissenschaftlern, dem Fleischkonzern Vion und verschiedenen Handelsunternehmen entwickelte Tierschutzlabel. Mit dem Tierschutzlabel „Für mehr Tierschutz“ des Deutschen Tierschutzbundes werden Produkte tierischen Ursprungs gekennzeichnet, denen Tierschutzstandards zugrunde liegen, die für die Tiere einen wirklichen Mehrwert an Tierschutz gewährleisten“ beschreibt der Tierschutzbund das Label auf seiner Homepage. Doch was ist ein wirklicher Mehrwert? Die Antwort auf diese Frage bleibt offen. Die Antwort findet man, wenn man die einzelnen Kriterien und ihre Umsetzung betrachtet. Zuerst fallen natürlich die zwei unterschiedlichen Stufen auf. Neben der Premiumstufe gibt es die, aufgrund der Gestaltung, kaum zu unterscheidende Einstiegsstufe. Von kri-

Gummimatten abgedeckte Spalten, damit es keine Klauenverletzungen gibt, und gleichzeitig ein verändertes Belüftungsmanagement, damit die Tiere von den Ammoniakdünstungen unter den Spalten keine Atemprobleme bekommen. Ein wirklicher Mehrwert an Tierschutz? Eindeutig mit ja beantwortet werden muss diese Frage, wenn man sich die Alternativen für die Schweine in den jetzt umgebauten ehemals konventionellen Ställen betrachtet. Aber auch Tierschutzpräsident Thomas Schröder räumt ein, dass diese Veränderungen „das Herz eines Tierschützers nicht höher schlagen lassen“.

Im System gefangen

Dennoch ist Schröder sicher, auf dem richtigen Weg zu sein. Die meisten Betriebe haben konventionelle Ställe, die sich noch lange nicht amortisiert haben. Die Betriebsleiter müssen in ihnen produzieren. Mehr als Tierschutz light ist aber allein aufgrund des grundsätzlichen

Volles Programm Brüssel

Eine Reise durch die europäische Politikszene

Jeder Europaabgeordnete (MEP) hat ein jährliches Kontingent an Besuchen, die vom Europäischen Parlament (EP) finanziert werden. Martin Häusling, hessischer Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament und Mitglied der AbL hatte interessierte Mitglieder der jAbL und der AbL Hessen in diesem Rahmen nach Brüssel eingeladen. Während einer Sitzung des Agrarausschusses konnten wir 18 Europareisenden einen ersten Eindruck von der Arbeit des EPs gewinnen. Bei Themen wie Verbot von bienengefährlichen Neonicotinoiden oder der zukünftigen Bioenergieversorgung der EU wurden die Positionen der verschiedenen Lager schon deutlich. Das sich anschließende Gespräch im DBV-Büro verlief angesichts der bekannten Standpunkte von AbL und DBV erwartungsgemäß kontrovers. Büroleiter Willi Kampmann machte deutlich, dass weder die ökologischen Vorrangflächen noch eine Degression oder gar Kappung der Direktzahlungen vom DBV gewollt sind.

Im Schnelldurchlauf

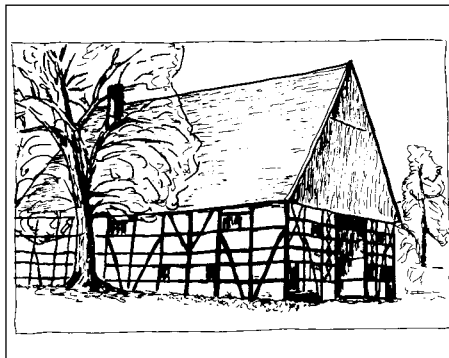
Am nächsten Tag fand ein Gespräch mit Martin Häusling im EP statt, bei dem er sich enttäuscht zeigte, dass der aus seiner Sicht vernünftige Vorschlag der EU-Kommission nun in einer stark verwässerten Version zur Abstimmung vorliegt. Außerdem machte er deutlich, dass die zu erwartenden Änderungen des EPs leider eher bescheiden sein werden. Nach einem Stadtrundgang im Schnelldurchlauf, bei Sonnenschein und schneidend kaltem Wind, folgten Termine bei der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen (IFOAM), dem European Milk Board (EMB) und der Agricultural and Rural Convention 2020 (Arc2020), welche ihre von hohem persönlichen En-

gagement getragene Arbeit in Brüssel vorstellten. Arc2020 bietet eine Plattform für Verbände und Organisationen, die sich für eine Reform der GAP einsetzen. Wie Lobbyisten und Interessengruppen in der politischen Praxis versuchen, Einfluss auf die Entscheidungsträger zu nehmen, wurde uns bei der Hessischen Landesvertretung von Herrn Robert Möhrle anschaulich erklärt. Die Landesvertretungen in Brüssel setzen sich für die Belange ihres jeweiligen Bundeslandes ein. Auch der Standpunkt der (hessischen) AbL bezüglich der GAP wurde diskutiert. Herr Möhrle ermutigte uns, auch weiterhin direkten Kontakt zu den MEPs zu suchen, um unsere Forderungen deutlich zu machen und sie von unserer Sache zu überzeugen.

In Bewegung

Zu guter Letzt trafen wir uns mit der europäischen Koordination von La Via Campesina (ECVC), dem europäischen Dachverband der bäuerlichen Landwirtschaft, dem auch die AbL angehört und der eine Opposition zu Copa Cogeca, dem europäischen Bauern- und Genossenschaftsverband, darstellt. La Via Campesina hat den Begriff der Ernährungssouveränität geprägt und versteht sich sowohl als Verband als auch als Bewegung. Um ihre Ziele in Brüssel durchzusetzen, ist ECVC auf die Mitarbeit der AbL und anderer Mitgliedsorganisationen angewiesen, um Synergieeffekte besser nutzen zu können. Deshalb haben Hanny van Geel und Andrea Ferrante, zwei der zehn Mitglieder des ECVC-Koordinations-Komitees, die AbL nachdrücklich dazu eingeladen und aufgefordert, sich intensiver bei ECVC zu engagieren und möglichst schon am nächsten ECVC-Treffen im April in Südspanien teilzunehmen.

Isabell Raschke (jAbL) und Michael Hesse



... aus Westfalen

Der Wortbauer

(I)

Er pflügt den Boden der Tatsachen
sauber wie ein Blatt Papier.
Dann sät er seine Gedanken.

(II)

Bald schon sprießen Worte aus der Erde
und Sätze strecken sich zum Himmel.

(III)

Er erntet Geschichten voller Samen,
Samen voller Ideen.

(IV)

Die schönsten verwahrt er
für die nächste Aussaat.
Die andern werden zu Brot.

Martin Nolte

Ein Bauer (52) erzählt...



Sonnig aber schneidend kalt. Manchmal flach die Aussagen der Politiker in Brüssel. Foto: Burghardt

Ein Tag voller Landwirtschaft

Die AbL Thüringen trifft sich im Bienenmuseum in Weimar

HannoverGen geht

Der neue niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) hat angekündigt, die finanzielle Unterstützung des Schulprojektes HannoverGen zu beenden. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte hingegen eine Ausweitung des Projektes auf ganz Niedersachsen vorgehabt. Spezielle Schülerlabore luden Hannoveraner Schulklassen im Rahmen des Biologieunterrichts zu einer Auseinandersetzung mit der Gentechnik ein. Gentechnik-Kritiker, wie das Agrarbündnis in Niedersachsen, warfen dem maßgeblich von der Industrie finanzierten Projekt vor, einseitig für die Gentechnik zu werben, statt sich kritisch auseinanderzusetzen. cs

Die Landschaft rund um Weimar ist geprägt von großen Strukturen. Die Auswirkungen der Bodenreform sind hier deutlich sichtbar. Riesige Felder, der einzige Halt für das Auge sind die in gleichmäßigen Abständen verlaufenden Fahrgassen. Die Hecke verschwimmt bei feuchtkaltem Wetter mit dem Horizont.

Am Tagungsort der AbL Thüringen im Bienenmuseum der Stadt Weimar ist von dieser, etwas trostlosen Winterstimmung nichts mehr zu spüren. Der Saal im ersten Stock ist gut gefüllt, 85 Menschen sind gekommen. Die meisten sind bis zum Beginn der Veranstaltung in rege Gespräche vertieft. Am Rand stehen Tische mit Infolyern, alte Apfel- und Getreidesorten werden ausgestellt. Alles beginnt dann mit einer Vorstellungsrunde. Hier ist ein Altbauer mit seinem erwachsenen Enkel gekommen, da sind zwei junge Männer, die einen Gärtnerhof betreiben, hier gibt es ein Streuobstprojekt, eine Frau macht gerade ihr freiwilliges ökologisches Jahr. Ein Bauer erzählt kurz von seinen Problemen, Land zu

kaufen, um einen Stall für die Mutterkühe bauen zu können, eine junge Bäuerin erzählt, dass sie jetzt bald die drei ersten Kühe anschaffen und hofft, der Agrargesellschaft von ihren 2.000 ha vielleicht 15 ha abnehmen zu können. Da sitzen Verbraucher und Naturliebhaber. Eine hoch motivierte Gruppe. Vielleicht ist es gerade die ausgeräumte, durchrationalisierte Landschaft, die Sehnsüchte und Kräfte weckt, sich für eine bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen.

Vielfalt auch beim Unkraut

Biodiversität auf dem Acker, macht Dr. Thomas Gladis in seinem Vortrag deutlich, gibt es heute nicht mehr. Die Vielfalt der Varietäten von Nutzpflanzen, die sich über viele Jahrhunderte auf dem neuen Lebensraum „Feld“ entwickelt hat, wird immer kleiner. In seinem Projekt am Kaiserstuhl versucht Gladis, die Vielfalt sichtbar zu machen und lebendig zu halten. Auf kleinen Parzellen werden alte Sorten angebaut. Neben der Erhaltung können sie so auch von Besuchern erlebt wer-

den. Außer Nutzpflanzen kommt einer vielfältigen Unkrautflora eine besondere Bedeutung zu. Die geringe Vielfalt lässt die wenigen verbleibenden Arten wie Ackerkratzdistel und Melde zu einem großen Problem werden. Auch fehlt im Sommer Bienen und Insekten die Blütenvielfalt auf dem Acker. Mit einem Appell, Vielfalt aktiv zu fördern, endet der engagierte Naturwissenschaftler.

Ohne Boden keine Pflanze

Ein vielleicht noch grundsätzlicheres Thema hatte der zweite Vortrag zum Inhalt: Der Boden. Im Speziellen um die oft verkannten Auswirkungen der Bodenerosion. An gut verständlichen Beispielen erklärte Dipl. geol. Christian Wolf die Arten und Ursachen von Erosion. Eine geringe Bodendeckung, die Bewirtschaftung quer zu den Höhenlinien und starke Verdichtung bringen hohe Erosionen durch Wind und Wasser. Vielfach zu erkennen sind die durch Ackerfurchen am Feldrand und in Hanglagen, wo durch Abschwemmung des ganzen Oberbodens nur noch der Grundboden ansteht.

Von den Aktivitäten der AbL auf Bundesebene berichtete Georg Janßen. Im Anschluss schilderte Claudia Gerster die vielfältigen Aktivitäten der AbL Thüringen, die einen Schwerpunkt auf den Zugang zu Boden legt. Parallel zur Mitgliederversammlung stellte Henrik Maas die Arbeit der jungen AbL vor. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien und des Bauernverbandes wurde deutlich, dass sich keiner der von der AbL geforderten Strukturfrage stellt. Alle Vertreter sprachen sich gegen eine Kappung der Agrarzahlen aus.

Auch in den nächsten Jahren wird es so für die AbL Thüringen noch vielfältige Aufgaben geben. Hoffentlich immer kreativ und frisch gestärkt durch das, die Versammlung kulinarisch, begleitende Biocatering Menüett von Schloss Tonndorf. mn



Neue Sprecher: v.l. Michael Grolm, Peter Kulle, Claudia Gerster, Volkmar Vogt, Frank Neumann und Daniela Kersten
Foto: Nürnberger

Für den Nachwuchs und besseres Essen

Europaweites Treffen junger Bäuerinnen und Bauern in Budapest



Solidarität verbindet!

Foto: jAbL

Mehr Jungbäuerinnen und Jungbauern „besseres Essen“ unter diesem Motto trafen sich Anfang Februar junge Vertreter der Mitgliedsorganisationen von der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) in Budapest. Inhalt des Seminars war der Austausch zwischen den Teilnehmern, die von Polen bis Spanien aus zehn verschiedenen europäischen Ländern kamen. Dabei ging es vor allem um die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen Zugang zu Land, Agrarökologie, Saatgut, Geschlechterrollen in der Landwirtschaft, Migration sowie die EU-Agrarpolitik. Aber auch der Erfahrungsaustausch über direkte

Aktionen (z.B. Feldbesetzung in Galizien von 400 ha mit 400 Familien) und Kampagnen kam nicht zu kurz. Trotz lebhafter und teils kontroverser Debatten, wurden grundsätzliche Gemeinsamkeiten in unseren Positionen und Zielen deutlich. Das gilt insbesondere für die Notwendigkeit einer Reform der Agrar- und Bodenpolitik, um jungen Menschen den Einstieg in die Landwirtschaft zu erleichtern. Denn ohne mehr junge Bäuerinnen und Bauern lassen sich die Ziele der Ernährungssouveränität und damit einer sozial- und umweltverträglicheren Landwirtschaft nicht umsetzen.

Anna Kenner, Henrik Maaß (jAbL)

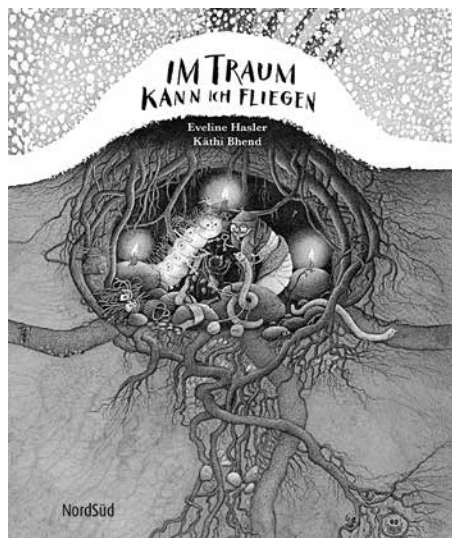
Im Traum kann ich fliegen

Was Engerlinge träumen.

Was macht eigentlich das Bodenkrabbelgetier im langen Winter unter der Erde?

Biologisch nicht ganz korrekt, aber phantasievoll und mit wunderschönen detailreichen Illustrationen, erzählen die Autorinnen dieses Bilderbuches von dem ruhigen Winterleben fünf tierischer Freunde – und dem folgenden Frühling.

Ein Engerling, zwei Würmer, ein Käfer und eine Raupe treffen sich zum Kartenspielen, bestaunen gegenseitig ihre Vorräte und erzählen sich von ihren Träumen: Farben und Luft kommen darin vor – und Fliegen. Doch dann ist plötzlich die Raupe verschwunden, und die Zwiebel in der Vorratskammer des Engerlings ist aufgeplatzt und gar nicht mehr so schön prall. Auf der Suche nach Essbarem kommen die Freunde an die Oberfläche und entdecken den Frühling, eine schöne Tulpe – und in einem farbigen Schmetterling ihre Freundin, die Raupe. *cw*



Im Traum kann ich fliegen – von Eveline Hasler und Käthi Bhend, 2. Auflage 2009, NordSüd Verlag Zürich, ISBN-13: 978-3314015984, 14,80€

Kurzes am Rande

Agrarethik – theoretisch und angewandt

Ethik befasst sich mit der Moral, also den Handlungsmustern, Konventionen, Regeln oder Prinzipien bestimmter Individuen, Gruppen oder Kulturen. Sie fragt nach der Begründung, warum etwas moralisch oder unmoralisch ist und ob diese Begründung logisch ist. Sie kritisiert, wenn diese Begründungen und Behauptungen nicht eingehalten oder nur für andere Zwecke vorgeschoben werden. Sie untersucht, ob diese Ziele erreichbar oder in Konkurrenz zueinander stehen und wie man damit umgehen könnte – durch Ordnungsrecht, Anreize, Label und/oder individuelles Verhalten (als Verbraucher oder besser noch als politikbeeinflussender Bürger). Insofern erwartet man von einem Buch über Agrarethik eine Beschreibung und Prüfung, ob die in diesem Bereich gängigen Worte von „Nachhaltigkeit“, „Tierwohl“, „Ehrfurcht vor der Schöpfung“, „Bekämpfung des Hungers“, „Gerechtigkeit“, „Wohlfahrt“, „Ressourcenschonung“ oder „Kreislaufwirtschaft“ von Akteuren ernst genommen oder nur missbraucht werden. Das Buch „Agrarethik“ enthält eine Vielzahl von Beiträgen verschiedener Autoren, wobei viele der Artikel eher Begrifflichkeiten gegeneinander abwägen, einige dagegen die agrarindustrielle Propaganda deutlich hinterfragen: In Bezug auf Tierschutz, Umweltschutz, Landnutzung, Patentierung, Bioenergie, Welthandel oder Rolle der Frauen. Dies hätte an manchen Stellen durchaus fundierter und deutlicher geleistet werden können. Bei der Beschreibung des „Integrierten Pflanzenbaus“ und auch des „Ökologischen Landbaus“ hätte man sich eine selbstkritischere Betrachtung gewünscht. *en*

Uwe Meier (Hrsg.), *Agrarethik – Landwirtschaft mit Zukunft*, 350 Seiten, 39,90 Euro, Agrimedia Verlag, 29459 Clenze-Klein Sachau, 05844-971188-0 (Fax -9), www.agrimedia.com

Marktbilanz Eier und Geflügel

Ausführliche Statistiken und anschauliche Grafiken über die deutsche, europäische und weltweite Geflügelwirtschaft bietet die neue Ausgabe der MEG-Marktbilanz zu Eiern und Geflügelfleisch 2012: Ob zu Produktionsmengen, Haltungsformen, Bestandgrößen, Selbstversorgungsgraden, Überschüssen, Preisen, Ex- und Importen oder Verbrauchsentwicklungen. *en*

MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2012, 212 Seiten, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart; 149,80 Euro.

DDR-Agrarfunktionärs-Nostalgie

Durchgängiger Tenor dieses Buchs, das angeblich die „Landwirtschaft in der DDR“ darstellen soll: Alte und offensichtlich unbelehrbare DDR-Agrarfunktionäre reden die SED-Agrarwirtschaft, die „industriemäßige Agrarproduktion“ und das SED-Regime schön-untERMalt durch seitenlange Partei-Lobhudeleien und -Direktiven sowie Bilder von Agrarfabriken und SED-Plakaten. Da wird selbst die Zwangskollektivierung ungebrochen als „Sozialistischer Frühling“ gepriesen (abgesehen von „Unzulänglichkeiten“), die Agrarindustrialisierung als „Entfaltung der überbetrieblichen wirtschaftlichen Beziehungen“ (abgesehen von „Gigantismus“). Ausgeklammert bleiben: Der Nachwende-Betrug an den LPG-Mitgliedern durch falsche Bilanzen und Altschulden-Vorgaben, die staatlich gewollte Aneignung der LPG-Nachfolgebetriebe und der staatlichen BVVG-Flächen durch LPG-Kader, die systematische Behinderung der Neugründung bäuerlicher Betriebe, die Pöppelung durchrationalisierter Groß-Ackerbaubetriebe durch die EU-Flächenprämien. Kein Wort auch darüber, dass viele alt gewordene Kader der LPG-Nachfolgebetriebe jetzt zu Millionären werden, wenn sie ihre begünstigt erworbenen Flächen und das angeeignete LPG-Vermögen jetzt an außerlandwirtschaftliche Investoren und Konzerne verkaufen. *en*

Klaus Schmidt, *Landwirtschaft in der DDR; VEG, LPG und Kooperationen – wie sie wurden, was sie waren, was aus ihnen geworden ist*; Agrimedia-Verlag, www.agrimedia.com; 335 Seiten, 2012; 29,90 Euro.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS April ist der 15. März 2013**

Sonstiges

• **FERIENHAUS** in SW-Frankreich. In alter Dorfstruktur mit großem Garten und alter Werkstatt, inmitten der Wein-Felder von Cognac. Atlantik-Sandstrände in 90 km. Am Pilgerweg nach Compostella, 05021/4186
www.ARRAMIS.de

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Hof und Arbeit

• **Selbstersorgergemeinschaft** sucht Landwirtin mit Erfahrung. Alter ca 40 Jahre. Wir bieten Kost und Logis. www.Giegelhof.de
elvirraerdem@googlemail.com

• **BIOLANDhof** bei Warburg sucht ab Mai 2013 festen Mitarbeiter/in mit Gefühl für Tier u. Technik für 50 Kühe im Melkroboter. ☎ 05643-1669

Baumschule PFLANZLUST


Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.blobaumversand.de

GÜLLE zu GOLD

Gülle + Mist zu 100% Bio-Dünger durch Homogenisierung
Schnellere und bessere Verwertbarkeit • Abbau von Schadstoffen + Schwermetallen
Kein Gestank, kein Ausbringungsproblem • Keine Gefahr für Bodenleben + Wasser
Gesündere Tiere - Gesündere Menschen • Besseres Pflanzenwachstum + Stallklima
Einfache Anwendung, kostengünstig

Information und Beratung: Fit for Life 036428/389794 oder baltini@gmx.de 

WINDENERGIE-BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung
- ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**ETL | Freund & Partner**
Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrar@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Termine**Milchtagung 2013**

04.03.2013, Warburg, 9.30 Uhr
AbL Versammler und Bauern diskutieren die aktuelle Lage auf dem Milchmarkt.
Weitere Infos s. Bauernstimme Februar 2013, Seite 21

AbL Kein Brot für die Welt

06.03.2013, Herrieden, 20 Uhr
Die Jagd auf die Äcker beginnt, hier und weltweit. Referent: Dr. Wilfried Bommert
Gasthaus Bergwirt, Schernberg 1, 91567 Herrieden

AbL Kuh kein Klimakiller

08.03.2013, Dasing, 20 Uhr
Dr. med.vet. Anita Idel: „Die Kuh ist kein Klimakiller“
Bauernmarkt, 86453 Dasing

Wie viel Finanzmarkt braucht Ernährungssicherheit?

08.- 09. 03. 2013, Schwerte
Auf der Tagung wird mit Experten der Einfluss der internationalen Finanzmärkte und Ernährungssicherheit reflektiert und diskutiert, ob und wie die Finanzmärkte reguliert werden müssen, um zur weltweiten Ernährungssicherheit beizutragen.
Infos: Evangelische Akademie Villigst, www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen, ☎ 02304/755-346,

Saatgutfestival

09.03.2013, Bonn, 11-17 Uhr
Es kann gentechnikfreies Saatgut regionaler und alter Sorten erworben werden.
Clara Schumann Gymnasium, Bonner Talweg, 53113 Bonn

Saatgut-Messe

09. - 10. 03.2013 Karlstadt
Zahlreiche Aussteller präsentieren Saatgut und Pflanzen, Bilder und Zeichnungen; Bücher, Keramik- und Metallkunst runden das Angebot ab. An beiden Tagen ist zwischen 14 und 16 Uhr ein Vortragsprogramm
www.main-spessart.bund-neturschutz.de, Mehrzweckhalle Karlstadt-Laudenbach

Richtig vorsorgen in der bauerlichen Familie

14. 03. 2013 Waldenburg
In der Ländlichen Heimvolkshochschule Hohebuch findet ein Tagesseminar zu Betreuungsrecht und Erbrecht, General- und Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Testament statt. Es referiert Notarin Margret Hofmann aus Weikersheim.
Beginn um 9.30 Uhr, Ende gegen 16.30 Uhr. Kosten 35,- €, Anmeldung erben beim Evangelischen Bauernwerk, 74638 Waldenburg, ☎ 07942 / 107-74, www.hohebuch.de

AbL Agrarpolitik aus dem Blickwinkel der Imkerei

20.03.2013, Königsdorf, 20 Uhr
Referent ist Walter Haefeker, Vorsitzender des Bayerischen, Deutschen und Europäischen Berufsimkerverbandes. Herr Haefeker ist bekannt für seine klaren und mahnenden Aussagen, er zeigt aber auch immer Wege auf, die sowohl für Bienen, Bauern und Verbraucher von Nutzen sind.
Gasthof zur Post, 82549 Königsdorf

AbL Niedersachsen Jahresmitgliederversammlung

17.03.2013, von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr
10:00 Uhr Vortrag von Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft & Verbraucher, anschl. Diskussion
Neue Agrarpolitik in Niedersachsen - Was wird anders?
13:15 Uhr Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer
EU-Agrarreform - bäuerlich, sozial, ökologisch?
14:00 Uhr Mitgliederversammlung

Hofrestaurant Voigt, An der Wassermühle 18, 28857 Syke-Gessel
Unkostenbeitrag: 22,- € inkl. Mittagessen & Getränke
Ermäßigung auf Antrag möglich
Transfer vom Bahnhof Barrien bitte anmelden:
Gernot v. Beesten ☎ 04267 755

AbL Baden-Württemberg Jahresmitgliederversammlung

24.03.2013, von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr
10:30 Uhr Mitgliederversammlung
14:00 Uhr Vortrag mit anschließender Diskussion
Martin Ott: Betriebsleiter Gut Rheinau und Präsident des Stiftungsrates beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Frick (CH)
Bäuerliche Landwirtschaft und ihre Wertschöpfungsprozesse neu denken und neu würdigen!
Bohrtürme, Bad Dürkheim, Vereinsheim der Narrenzunft e.V.
Alleenweg 25, 78073 Bad Dürkheim
Unkostenbeitrag: 18,00 € (Brezelimbiss / Mittagessen / Kaffee / Tee)
Anmeldung unbedingt erforderlich:
thomas@abl-ev.de; Fax: 07531 282939-2; ☎ 07531 28 29 31

Nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

19.03.2013 Güstrow, ab 10 Uhr
Die 10. Wintertagung des Agrarbündnisses will die Möglichkeiten der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa diskutieren und den Ökolandbau als nachhaltigste Landwirtschaftsform für die Welt vorstellen. Nachmittags stellen sich vier erfolgreiche Bio-Betriebe bzw. -Höfe aus Mecklenburg-Vorpommern vor, die bereits heute versuchen, nachhaltig zu wirtschaften.
www.bund-mecklenburgvorpommern.de/themen_und_projekte/landwirtschaft/agraruendnis_m_v

Arbeit in der Landwirtschaft

19.03.2013, Kassel
Die Tagung hat sich zum Ziel gesetzt, das Thema „Arbeit in der Landwirtschaft“ am Beispiel milchviehhaltender Betriebe in ihrer vielfachen Verflechtung mit den Anforderungen an eine soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zu erkunden und damit stärker in die öffentliche Diskussion zu bringen.
AgrarBündnis & KLJB, Teilnahmegebühr 20,- €, Anmeldung bis zum 10.03.2013 info@agraruendnis.de

AbL Bauernwallfahrt

17.03.2013, Altötting, 11:30 Uhr
Gottesdienst neben der Basilika Sankt Anna mit Pfarrer Michael Wittl

AbL Saatgutnachbau

1.03.2013, Horbach, 20 Uhr
Referent: Georg Janßen
Verschärfung der Saatgutnachbauregelung für Bauern?
Gasthaus Seerose

AbL Jahreshauptversammlung AbL Bayrisch Schwaben

24.03.2013, Dinkelscherben
10.00 Uhr
Themen:
Anbau + Produktion von einheimischem gentechnikfreien Soja
Referent: Josef Asam, Kissing, Sojaanbau in Paraguay (Entwicklung, Auswirkung auf Ernährungssouveränität, Umwelt, soziale Folgen für die Landbevölkerung)
Bericht von der befreundeten Bauernorganisation „asagrapa“ (Paraguay)
Bericht Unterschriftenaktion „Gerechtigkeit für die Bauern von Curuguaty-Paraguay“
Wahlen
15.00 Uhr: Film mit Filmgespräch „Raising Resistance“
Pfarrzentrum, 86424 Dinkelscherben

AbL Bauernkonferenz

11.4.2013, Berchtesgaden
Versammlung anlässlich der Agrarministerkonferenz
Infos: G. Gafus, ☎ 08656 - 393

Adolf Lambke

29. September 1930 - 30. Januar 2013

Wer kämpft, der kann verlieren. Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

Adi Lambke hat dies beherzigt, ob im Kampf der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow/Dannenberg gegen das geplante Atomendlager in Gorleben und gegen die Castor - Transporte, als Neuland-Pionierbetrieb für eine tiergerechte Haltung oder zuletzt in der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren beim Saatgut, die er 1998 mit gegründet hat und deren Sprecher er über 10 Jahre war. Widerstand und bäuerliche Selbsthilfe, oft mit Beharrlichkeit und Mut sich für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern einzusetzen, das war Adi wichtig. Dafür sind wir ihm dankbar und so wird er uns in guter Erinnerung bleiben. Seiner Frau Elli und seiner Familie, die ihn stark unterstützt haben, gilt unser besonderes Mitgefühl.

Georg Janßen
Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V., Geschäftsführer der Interessengemeinschaft Nachbau

Der bundesweite Sprecherrat der Interessengemeinschaft Nachbau
Cord Pralle, Gerhard Portz, Klaus Buschmeier, Erwin Oberndörfer

Maria Heubuch
AbL-Bundesvorsitzende

Bernd Voss
AbL-Bundesvorsitzender

Rechtsanwälte Hela Rischmüller-Pörtner, Jens Beismann, Dr. Matthias Miersch

**Landeskontakte****Schleswig-Holstein**

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737

**Bundeskontakte****Bundesgeschäftsstelle:**

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;
Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587

**Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 97,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 132,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 42,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 67,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

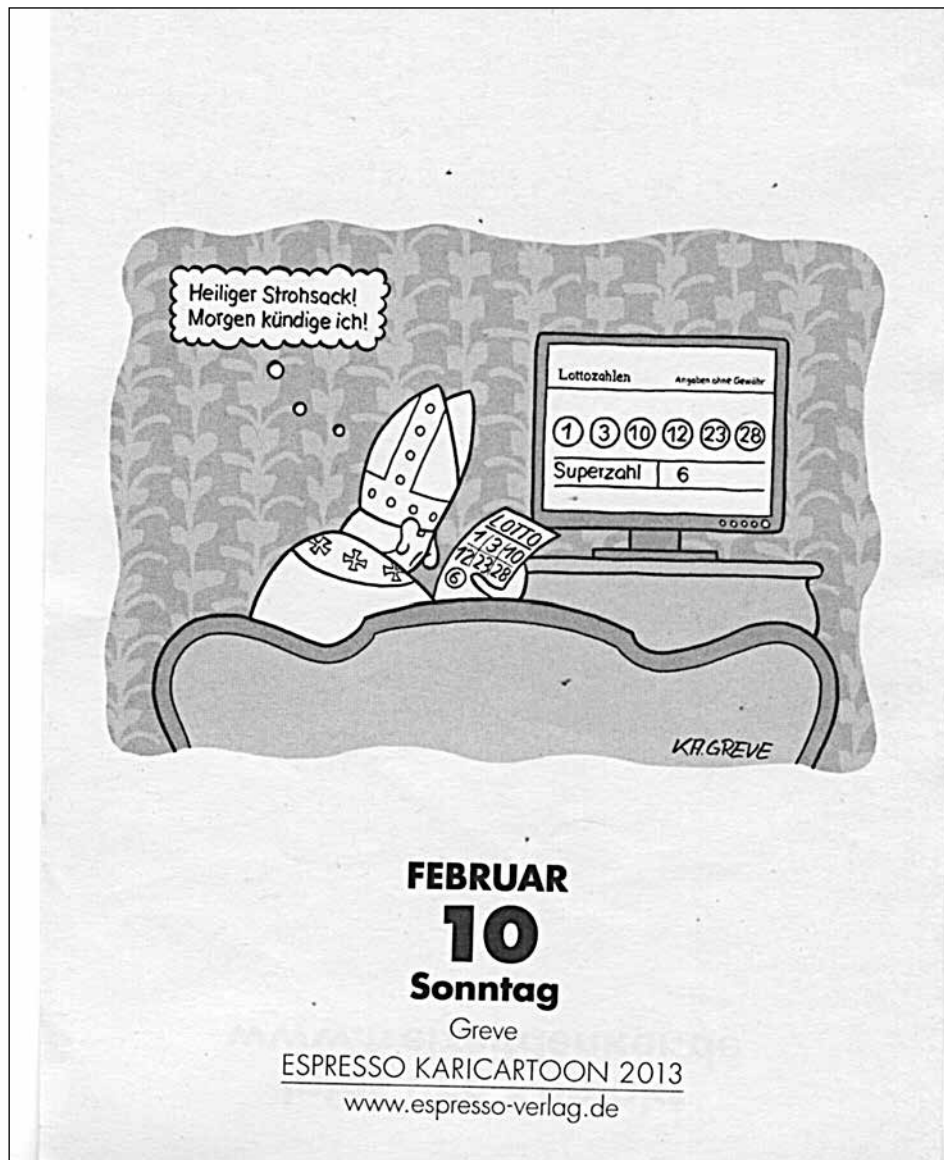
BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Lottogewinn



Keine Intrigen im Vatikan, keine Verwicklungen in den Pferdefleischskandal – immerhin werden in Italien die meisten Pferde für den Verzehr in Europa geschlachtet -, keine Angst vor Subventionskürzungen vatikanischer Großbetriebe wenn Ciolos seine Agrarreform durchgezogen kriegt, keine Folge der Auseinandersetzungen mit Gentechgegnern ob seiner Wischiwaschihaltung zum Thema – nein wir wissen es jetzt, warum der Papst zurückgetreten ist. Wir haben das enthüllende Sensationsdokument. Eigentlich ist es eine Karikatur über die man nur milde lächelt, nicht laut schenkelklopfend lacht: Der Papst macht einen Lottogewinn und beschließt, morgen seinen Job zu kündigen. Natürlich ist das absurd. Aber wie absurd ist es denn, dass diese Karikatur am genau richtigen Tag, dem Vortag der echten Kündigung des Papstes, in einem Kalender veröffentlicht wird? Sitzt da ein Hellseher in der Kalenderredaktion oder ein Doppelnullagent im Dienste des heiligen Stuhls? Wir wissen es nicht, aber wir wissen, was wir uns vom neuen Papst wünschen: Eine auch an modernen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Wünschen orientierte klare Haltung des Vatikan - zum Beispiel in Sachen Gentechnik. CS

b unabhängige bauernstimme: immer ein Gewinn

03/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221